



# Chronik (alltags-)rassistischer, rechter und antisemitischer Vorfälle in Aachen

2018

**Erstellt im Auftrag von NRWeltoffen Aachen an der Volkshochschule Aachen.**

**Gefördert durch die Landeszentrale für politische Bildung NRW im Rahmen des Programms "NRWeltoffen: Lokale Handlungskonzepte gegen Rechtsextremismus und Rassismus".**

**Herausgeber:**

**Volkshochschule Aachen**

**Die Direktorin: Dr. Beate Blüggel**

**Peterstraße 21-25**

**52062 Aachen**

**Telefon: 0241 4792-0**

**E-Mail: [VHS@mail.aachen.de](mailto:VHS@mail.aachen.de)**

**Homepage: [vhs-aachen.de](http://vhs-aachen.de)**

**Text: Michael Klarmann**

**Stand: 15.10.2019**

Diese Chronik ist die Fortschreibung der Chroniken 2013 bis 2017 und umfasst das Jahr 2018. In dieser Chronik werden Vorfälle oder Begebenheiten aus dem Bereich Alltagsrassismus, rechte oder auch antisemitische Übergriffe und Aktionen in Aachen erwähnt. Diese Chronik kann nicht vollständig sein. Gerade im Bereich des Alltagsrassismus ist es eher unüblich, dass Opfer bzw. Betroffene bei Bewerbungen, Wohnungssuche, in Fitnessstudios, bei Vereinen, Instituten und Behörden oder im Öffentlichen Nahverkehr selbstständig die Öffentlichkeit suchen und in den Medien, sozialen Netzwerken oder lokalen Foren darüber informieren. Überdies ist bei manchen Fällen nicht eindeutig zu (er)klären, ob die Betroffenen, die Täter/innen oder auch unbeteiligte Dritte, die sich ohne das Wissen der Beteiligten an die Medien wenden, die Situation zutreffend schildern. Auf etwaige Probleme bei der Einordnung wird in Einzelfällen hingewiesen respektive die Sichtweise verschiedener Beteiligter soweit möglich dargestellt.

Aachen selbst war und ist zwar wiederholt Ziel rechtsextremer Aktionen, zuweilen wurden und werden diese jedoch von Außerhalb in die Stadt getragen. Parteien rechts der CDU haben zudem in Aachen meist schlechtere Wahlergebnisse als im Landes- oder Bundesdurchschnitt erzielen können. Durch die Erfolge der AfD hat sich das Bild diesbezüglich etwas gewandelt. Auch rechte Übergriffe auf Menschen mit Migrationshintergrund oder gar Anschläge auf Häuser mit Migrant/inn/en oder auf Asylbewerberunterkünfte sind laut Statistiken – zumindest seit dem Verbot der „Kameradschaft Aachener Land“ (KAL) 2012 – eher selten. Durch die Wahl eines (ehemaligen) Vertreters von „Pro NRW“ und zweier AfD-Vertreter/innen in den Stadtrat hat allerdings eine Art bürgerlicher Rassismus bzw. eine ebensolche Fremdenfeindlichkeit Einzug in die Lokalpolitik gehalten („Das wird man wohl noch sagen dürfen!“).

Darüber hinaus hat sich die generelle Atmosphäre in den sozialen Medien seit 2014 bzw. 2015 (Zunahme von islamistischen Terroranschlägen und „Flüchtlingskrise“) radikal zugespitzt. Generell ist festzustellen, dass Alltagsrassismus bzw. rassistische, antimuslimische sowie antisemitische Kommentare bzw. entsprechende Postings, die geteilt werden, in den sozialen Medien nahezu täglich in Debatten unter Freunden und Bekannten, in Gruppen, Foren und Kommentarspalten kursieren.

Selbst Menschen aus der gesellschaftlichen Mitte, aus dem Vereinsleben und sogar aus der Integrationsarbeit und Gewaltprävention fallen hierbei unterdessen auf und scheinen keine Scheu mehr zu empfinden, entsprechende Anspielungen oder offen rassistische Ansichten zu vertreten bzw. zu posten.

Es gibt sowohl lokale als auch regionale Vernetzungsplattformen, zugleich sind Menschen aus Aachen in überregionalen Facebook-Gruppen und Messenger-Chats aktiv oder kommentieren auf überregionalen Seiten, etwa bei der AfD oder „Pegida“ bzw. auf offen rechtsextremen Seiten. Binnen weniger Tage bzw. Wochen kann sich dabei etwa auch im lokalen Bereich die Diskussion darüber wiederholen, dass man einen „Negerkuss“ oder „Mohrenkopf“ weiterhin so nennen will und sich dagegen wehren werde, dass die (linke) „Sprachpolizei“ der „Multikulti-Faschisten“ oder politisch korrekte „Meldemuschi“ einem das verbieten wollen. Dabei und in den nachfolgenden Diskussionen oder gegenseitigen Bestätigungen der richtigen Denk- und Handlungsweisen schwimmen klassische Troll-Provokationen und (Alltags-) Rassismus regelmäßig und münden bisweilen in offene Hetze auch gegen People of Color.

Würde man diese (im negativen Sinne) Vielfalt an (Alltags-)Rassismus und die rechte Socialmedia-Kakophonie in einer Chronik auch nur ansatzweise abbilden wollen, wäre der Text unendlich lang und die Arbeit nicht zu erbringen. In dieser Chronik wird daher nur punktuell auf verschiedene Phänomene, „Fake News“, Debatten und bestimmte (Vor-)Fälle eingegangen, um exemplarisch zu skizzieren, was längst kein Einzelfall mehr ist.

Attacken auf politische Gegner/innen werden in dieser Chronik nur dann aufgeführt, wenn die Ziele der Angriffe ungeachtet ihrer Hautfarbe, Herkunft oder Religion auf rassistische Weise angesprochen oder beleidigt wurden. Ob Aachen durch seine multikulturellen Bevölkerungsstrukturen, seiner Interkulturalität durch die Lage im Grenzland und die Weltoffenheit an den Hochschulen mehr oder minder eine „Insel

der Glückseligen“ ist (oder nicht), kann auch anhand dieser Chronik bzw. des Dossiers erörtert werden. **(Michael Klarmann, Recherche)**

*(Anmerkung/Quellen: Folgen zu den Kürzeln der AZ oder AN usw. Links, so bezieht sich das auf Online-Artikel; folgen Angaben zu Printausgaben, dann beziehen sich die Seitenangaben immer auf die Lokalausgabe Aachen-Stadt. Da 2018 die beiden Lokalausgaben von AN und AZ zusammengelegt wurden und auch vorher zuweilen schon Artikel in beiden Lokalausgaben bzw. deren Online-Ausgaben erschienen sind, wird in den Beschreibungen ungeachtet der konkreten Quellenangaben kontinuierlich auf Berichte in der Lokalzeitung hingewiesen.)*

## 2018

Im Gesamtjahr 2018 registriert die Polizei in Aachen 84 politisch rechts motivierte Straftaten, darunter 7 Gewaltdelikte/Körperverletzungen. Die Statistik sagt nur in Einzelfällen konkret etwas darüber aus, welche dieser Taten generell auch als rassistisch eingestuft werden. Einer entsprechenden Auflistung zufolge sind jedoch in Aachen-Stadt 2018 sowohl antisemitische (13), islamfeindliche (2) als auch flüchtlingsfeindliche (5) Straftaten registriert worden. Gesonderte Angaben über rechte Gewaltdelikte in der Auflistung sind in der Chronik an den entsprechenden Tagen erwähnt. (*Landesregierung bzw. IM NRW in ihren Antworten auf Anfragen der Bündnis-Grünen; DLAC: Rechte Straftaten in der Region: Entwicklungen im Jahr 2018. <http://demokratie-leben-aachen.de/cms/index.php/aktuell/meldungen/312-rechte-straftaten-in-der-region-entwicklungen-im-jahr-2018>*)

Im Gesamtjahr 2018 fallen bei Recherchen wiederholt verschiedene Personen auf, die sich u.a. in Sport- und Kampfsportvereinen sowie teilweise selbst in Projekten zur Gewaltprävention und bei sozialen Initiativen/Vereinen engagieren. Sie posten oder teilen etwa öffentlich z.B. für alle Facebook-Nutzer/innen einsehbar zustimmend rechte, rechtspopulistische bis rechtsextreme sowie fremden-, islam- und asylfeindliche Inhalte. Dies geschieht oft regelmäßig. Ausbleibende Reaktionen darauf durch etwa Lokalpolitiker/innen und Behördenvertreter/innen erscheinen umso erstaunlicher im Vergleich zu der kritischen Berichterstattung und den lokalpolitischen Reaktionen wegen einer diesbezüglichen einzelnen Verfehlung von Horst Filbrich im nur kleinen Kreis eines Chats (*siehe 18. Januar 2018*). (*Eigene Recherchen/Screenshots im Archiv*)

Im Gesamtjahr 2018 kommt es nach Angaben eines Augenzeugen am Aachener Hauptbahnhof zu Kontrollen von Reisenden, deren Äußeres vermuten lässt, dass es u.a. Menschen mit Migrationshintergrund oder Geflüchtete sind. Der Augenzeuge schildert Beobachtungen dazu im März 2019, er selbst nutze sehr oft den „Bummelzug“ aus der belgischen Provinz Lüttich und habe dabei in der Vergangenheit „re-

gelmäßig heftigstes racial profiling“ durch Bundespolizisten am Hauptbahnhof beobachtet. (*Notizen/Schilderungen des Zeugen.*)

Das Gleichbehandlungsbüro (GBB) Aachen hat im Gesamtjahr 2018 insgesamt 30 Diskriminierungsbeschwerden (Fälle) aus dem Bereich der Stadt Aachen bearbeitet. Insgesamt 63 Personen sind bei diesen 30 Vorfällen entweder direkt Adressat/in der Diskriminierung, oder aber indirekt als Angehörige betroffen. Erfasst sind Staatsangehörigkeit, Herkunftsland, Alter und Geschlecht der Beratungsnehmer/innen. Die eingegangenen Beschwerden sind verschiedenen Lebensbereichen zugeordnet worden, um Erscheinungsformen und Diskriminierungsfelder abbilden zu können. In einigen wenigen Fällen beruht die registrierte Beschwerde auf einer rein subjektiv empfundenen Ausgrenzung oder Benachteiligung, die sich im Verlauf der Beratung nicht verifizieren ließ und an die keine über ein Beratungsgespräch hinausgehenden Interventionen geknüpft werden konnten. Auch solche Beschwerden sind in die Statistik mit eingeflossen.

Beratungsnehmer/innen mit einer außereuropäischen Staatsangehörigkeit machen 2018 mit 70 Prozent den größten Anteil der betroffenen Personen aus. Sonstige europäische Staatsangehörige sind mit 5 Prozent der Beratungsnehmer/innen vertreten. Auffällig ist, dass ein Viertel (25 Prozent) in Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit ist. Aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes sind sie dennoch Ziel diskriminierender Handlungen geworden, weil ihnen eine nicht deutsche bzw. außereuropäische Herkunft zugeschrieben wurde. Die Frage nach der Herkunft der Beratungsnehmer/innen hat ergeben, dass sich mit jeweils 40 Prozent überwiegend Menschen afrikanischer Herkunft sowie Menschen aus dem Mittleren Osten (dort insbesondere Syrien) mit Diskriminierungsbeschwerden an das GBB gewendet haben. Anders als in den Vorjahren machen Beschwerden von Menschen türkischer Herkunft einen geringen Prozentsatz aus.

55 Prozent der Beratungsnehmer/innen 2018 sind älter als 25 Jahre, 27 Prozent sind betroffene Kinder bis 14 Jahre. 18 Prozent der Beratungsnehmer/innen sind zwischen 15 und 25 Jahre alt. 54 Prozent der betroffenen Personen sind weiblichen, 46 Prozent männlichen Geschlechts. Beschwerden von Angehörigen des Dritten Geschlechts hat das GBB 2018 nicht verzeichnen bzw. zuordnen können.

Die Beschwerden haben sich (aufgelistet absteigend entsprechend der Häufigkeit ihres Vorkommens) auf Diskriminierungen aus den Lebensbereichen Ämter und Behörden, Mieten und Wohnungsmarkt, Arbeit und berufliche Ausbildung, private Dienstleistung und Zugang zu Gütern, Bildung sowie Öffentlichkeit und Freizeit bezogen. Einige im Verlauf der Chronik beschriebene Einzelfälle aus der Beratungsarbeit 2018 stellen eine Auswahl der bearbeiteten Beschwerden dar. Die Auswahl orientiert sich in erster Linie an der Schwere der infolge der Diskriminierung erlittenen Beeinträchtigung in der Lebensführung der Betroffenen und der damit in Zusammenhang stehenden Komplexität und Intensität der Beratung. Im Bereich des Diskriminierungsfeldes Ämter und Behörden tritt Benachteiligung häufig in Form struktureller Diskriminierung in Erscheinung. Die Ausgrenzung erfolgt in diesen Fällen mittelbar aufgrund von Vorschriften, Verfahrensweisen, oder Kriterien, die sich jedoch für bestimmte Personengruppen benachteiligend auswirken. In diesem Bereich ist eine erfolgreiche Unterstützung betroffener Menschen im Sinne einer Beseitigung der Diskriminierung besonders schwierig, da es oft keinen oder nur sehr aufwändigen Rechtsschutz gibt. So wird staatliches Handeln von den Vorschriften des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) nicht erfasst. *(Antwort des Gleichbehandlungsbüros [GBB] Aachen, Integrationsagentur – Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit im Pädagogischen Zentrum Aachen e.V., auf Anfrage von NRWeltoffen Aachen)*

Dezember 2018: In Aachen beginnen u.a. Vertreter/innen aus dem rechten Spektrum, die in der Stadt und der Städteregion leben, angesichts des medialen Hypes um die „Gelbwesten“ in Frankreich damit, eine eigene Aachener Gruppe von politischen Aktivist/inn/en aufzubauen. Obschon betont wird, man sei politisch weder rechts noch links einzuordnen, zeigen spätere Aktionen und Recherchen, dass sehr wohl Vertreter/innen bei den „Gelbwesten Aachen“ aktiv sind, die aus dem politischen Spektrum der AfD, rechter „Wutbürger/innen“, rechter Problemfans von Alemannia Aachen, „Identitärer“ und rechtsextremistischer Verschwörungsideolog/inn/en stammen. In seltenen Einzelfällen besteht eine ideologische Nähe zu „Reichsbürger/innen“. Einige Aktivist/inn/en aus diesem Spektrum haben 2018 in den sozialen Medien schon rechtsextreme, fremdenfeindliche und rassistische Inhalte verbreitet



bzw. geteilt, andere an explizit rechtsextremen und fremdenfeindlichen Aufmärschen in NRW und Rheinland-Pfalz teilgenommen. Einige der „Gelbwesten Aachen“ sind ebenso in der Facebook-Gruppe „Aachen frei Schnauze...“ (siehe: Januar 2018) aktiv und dort durch rechte, fremdenfeindliche und (alltags-)rassistische Postings oder Kommentare aufgefallen. Mit Demonstrationen und anderen Aktionen werden die „Gelbwesten“ in Aachen allerdings erst ab Anfang 2019 in die Öffentlichkeit treten. (DLAC: „Gelbwesten“ in Aachen: Heterogenes und bisweilen rechtsextremes Meinungs-Crossover. <http://demokratie-leben-aachen.de/cms/index.php/aktuell/meldungen/307-gelbwesten-in-aachen-heterogenes-und-bisweilen-rechtsextremes-meinungs-crossover>; AN/AZ: „Gelbwesten“ in der Region – Ein Sammelbecken für Radikale. [https://www.aachener-zeitung.de/nrw-region/gelbwesten-rund-um-aachen-ein-sammelbecken-fuer-rechtsradikale\\_aid-36958487](https://www.aachener-zeitung.de/nrw-region/gelbwesten-rund-um-aachen-ein-sammelbecken-fuer-rechtsradikale_aid-36958487); DLAC: Rechte „Gelbwesten“ bleiben in Aachen eine marginalisierte Gruppierung. <http://demokratie-leben-aachen.de/cms/index.php/aktuell/meldungen/309-rechte-gelbwesten-bleiben-in-aachen-eine-marginalisierte-gruppierung>)

22. Dezember 2018: Die Polizei registriert in Aachen ein Gewaltdelikt/eine Körperverletzung, die als fremdenfeindliche Hasskriminalität eingeordnet wird. Die Nationalität/Herkunft des 33-jährigen, männlichen Opfers ist laut Polizei Angola. Betroffen von der Tat ist demnach auch eine 20-jährige Frau mit deutscher Staatsbürgerschaft. (Landesregierung bzw. IM NRW in ihren Antworten auf Anfragen der Bündnis-Grünen; Dokumente verlinkt/abrufbar unter DLAC: Rechte Straftaten in der Region: Entwicklungen im Jahr 2018. <http://demokratie-leben-aachen.de/cms/index.php/aktuell/meldungen/312-rechte-straftaten-in-der-region-entwicklungen-im-jahr-2018>)

19. Dezember 2018: Auf der (im April 2019 gelöschten) Facebook-Seite der Neonazi-Gruppe „Syndikat 52“ (S52) kommentiert ein Nutzer einen verlinkten Medienbericht über einen Asylbewerber, der nach Straftaten in Untersuchungshaft genommen wurde: „U-Haft... Wer zahlt das? In der ‚Wurm‘ ersaufen lassen und danach seinen hässlichen Schädel an den Kirchturm nageln!“ Der User gibt in seinem Facebook-

Profil unter einem Fake-Namen an, bei der Polizei NRW bzw. im Justizzentrum Aachen zu arbeiten. Ob diese Angaben stimmen, kann nicht geklärt werden. Gleichwohl könnte es ein Fake-Profil eines rechten Hooligans sein. Der S52-Admin löscht den Kommentar rund einen Tag später wieder. (*Screenshots im Archiv*)

12. Dezember 2018: In der Ratssitzung wird abermals über die Verlegung neuer Stolpersteine debattiert bzw. entschieden. War die Ratsgruppe „Allianz für Aachen“ (siehe 16. September 2018) bisher schon gegen diese Art des Erinnerens generell, hat sich AfD-Ratsfrau Mara Lux als Einzelvertreterin im Stadtrat bisher nur konkret gegen die Stolpersteine ausgesprochen, weil sie dieses Gedenken u.a. ähnlich wie Charlotte Knobloch ablehne: Die Opfer würden so nämlich symbolisch abermals mit Füßen getreten bzw. beschmutzt. Ratsvertreter/innen äußern nach den Debatten an diesem Abend mit einem Vertreter der „Allianz für Aachen“ und Lux den Verdacht, dass das ungewöhnliche Trio unterdessen generell und einheitlich gegen das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus eingestellt sein könnte. (*Klarmann\_Michael\_Aachen. Nachgereicht: In der Ratssitzung am Mittwoch in Aachen wurde abermals über die Verlegung neuer Stolpersteine debattiert bzw. entschieden. <https://www.facebook.com/KlarmannMichaelAachen/posts/2445287535499606>; eigene Recherchen/Gespräche/Notizen*)

1. Dezember 2018: In der Debatte darum, dass auf der Islamkonferenz kurz zuvor Blutwurst serviert wurde, teilt der AfD-Bundestagsabgeordnete (Mitglied des Bundestages, MdB) Uwe Kamann aus Aachen ein entsprechendes Posting der Tageschau auf seiner Facebook-Seite. Dazu fragt er (bzw. der Mitarbeiter, der die Seite administriert) eher rhetorisch: „Habe ich das falsch verstanden? Auf der Islamkonferenz waren doch auch Nicht-Muslime. Ist das nun fehlende Toleranz der Muslime gegenüber den Nicht-Muslimen oder fehlende Bereitschaft zur Unterordnung der Nicht-Muslime gegenüber den Muslimen?“ Kamann wird wenige Tage später seine Partei und Bundestagsfraktion verlassen und daraufhin auch sein Handeln und Agieren innerhalb der AfD in Interviews mit verschiedenen Medien kritisch reflektieren. Seine Facebook-Seite nimmt der MdB dabei vorerst aus dem Netz und schaltet sie erst Wochen später wieder frei, nachdem er sie durchgesehen und redaktionell

überarbeitet hat. Das oben genannte Posting ist seitdem nicht mehr abrufbar.

*(Screenshot im Archiv)*

November/Dezember 2018: Im Zuge der rechten bis rechtsextremen Kampagnen gegen den UN-Migrationspakt werden auch in Aachen verschwörungsideologische Aufkleber und Plakate dagegen verklebt. Sie implizieren, dass die UN Staaten dazu zwingen will zuzulassen, dass „244 Millionen Migranten“ global in die jeweiligen „Sozialsysteme“ migrieren können. Die AfD veranstaltet am 5. Dezember im Foyer des Centre Charlemagne einen Infoabend zum Thema. Es referiert der eigens angereiste Parteivertreter und MdB Martin Hebner. Der MdB bzw. dessen Bundestagsbüro/-mitarbeiter haben u.a. maßgeblich an der Kampagne gegen den UN-Migrationspakt und an entsprechenden Resolutionen mitgewirkt. Das Thema Migrationspakt schlägt sich auch wiederholt in Online- bzw. Facebook-Nutzerkommentaren nieder, sowohl in explizit rassistischen Gruppen bzw. auf explizit rechtsextremen Seiten als auch in „normalen“ Gruppen oder Nutzerbereichen von Online-Medien. So findet sich etwa Anfang November schon ein Aufruf einer Frau in der rechten Facebook-Gruppe „Aachen frei Schnauze...“ (*siehe Januar 2018*), die gemeinsam mit anderen Nutzern Aufklärungsaktionen u.ä. gegen den UN-Migrationspakt initiieren will und Mitstreiter sucht, um Flugblätter/Flyer zu verteilen, Plakate aufzuhängen und Infostände abzuhalten. Sowohl AfD-Vertreter/innen wie der ehemalige kommissarische Stadtverbandsvorsitzende Michael T. als auch Ratsfrau Mara Lux beteiligen sich an der Debatte, an der sich auch vier Personen beteiligen, die Wochen später damit beginnen werden, in Aachen eine angeblich unpolitische bzw. nicht rechte „Gelbwesten“-Gruppe aufzubauen (*siehe Dezember 2018*). (*Eigene Recherchen; Screenshots und Fotos im Archiv; Klarmann\_Michael\_Aachen: Die AfD Aachen hat heute Abend einen Ersatz-„Stammtisch“ zum Thema Migrationspakt im Foyer des Centre Charlemagne abgehalten...*

<https://www.facebook.com/KlarmannMichaelAachen/posts/2430943396934020>)

19. November 2018: Die Polizei registriert in Aachen ein Gewaltdelikt/eine Körperverletzung, die als fremdenfeindliche bzw. flüchtlings-/asylfeindliche Hasskriminalität eingeordnet wird. Die Nationalität/Herkunft des 30-jährigen, männlichen Opfers ist

laut Polizei der Irak. (*Landesregierung bzw. IM NRW in ihren Antworten auf Anfragen der Bündnis-Grünen; Dokumente verlinkt/abrufbar unter DLAC: Rechte Straftaten in der Region: Entwicklungen im Jahr 2018. <http://demokratie-leben-aachen.de/cms/index.php/aktuell/meldungen/312-rechte-straftaten-in-der-region-entwicklungen-im-jahr-2018>*)

16. November 2018: Bericht in der Lokalzeitung über die Initiative „Offenes Aachen für Demokratie, Menschenwürde und Vielfalt“. Rückblickend auf die bisherige Arbeit heißt es darin u.a.: „Die Initiative [...] hat sich 2017 gegründet und sich mit verschiedenen Veranstaltungen [...] stark gemacht gegen Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Den Initiatoren war in ihrer Arbeit mit geflüchteten Menschen schnell deutlich geworden, dass man Werte nicht nur Neuankömmlingen vermitteln müsse, sondern dass es auch sehr viele ‚Einheimische‘ gebe, denen die Werte des Grundgesetzes nur theoretisch ein Begriff seien.“ (*AN: Sie bekämpfen Armut auch in Aachen. 16. November 2018. Seite 22*)

8./9./10. November 2018: Anlässlich der Gedenkfeiern zu den November-Pogromen 1938 mahnt Aachens Bürgermeisterin Dr. Margrethe Schmeer: „Unser Gedenken drängt in eine Zeit, in der in Deutschland jeden Tag im Durchschnitt vier antisemitische Straftaten begangen werden.“ Angesichts des immer noch weit verbreiteten Antisemitismus in der heutigen Zeit reiche es aber nicht, nur betroffen die Augen niederzuschlagen, mahnt Aachens Bürgermeisterin zudem. Eva-Maria Bugger von der Aachener Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, die eine der jährlichen Gedenkveranstaltungen organisiert, sagt: „Auch heute ist es in unserem Land wieder möglich, antisemitische Parolen laut herauszuschreien – auf den Straßen und sogar im Parlament.“ Statt unüberlegte Aussagen in die Öffentlichkeit zu tragen, sollten die Menschen daher wieder lernen, abzuwarten und zuzuhören und versuchen, den Schmerz und die Empfindungen anderer nachzuempfinden, betont sie laut Bericht in der Lokalzeitung. (*AN: 80. Jahrestag der Synagogenbrandstiftung – Der Vergangenheit gedenken mit Blick auf die Gegenwart. <https://www.aachener-nachrichten.de/lokales/aachen/ausstellung-von-rwth-studenten-in-aachen-zu->*

*novemberpogromen\_aid-34414735; AN: Im steten Kampf gegen das Vergessen. 9. November 2018. Seite 15)*

4. November 2018: Im ersten Wahlgang zum neuen Städteregionsrat erreicht der Kandidat der AfD, Markus Matzerath (Alsdorf), trotz niedriger Wahlbeteiligung nur 6,84 Prozent der Stimmen. In Aachen-Stadt wählen 3.408 Menschen die AfD bzw. Matzerath (4,97 Prozent). Der Bundespolizist ist zuvor nicht explizit durch einen Wahlkampf mit fremdenfeindlichen oder rassistischen Stereotypen aufgefallen. Allerdings hat er u.a. angesichts der Asylsuchenden mit einer falschen Zahl gearbeitet. Matzerath hat im Wahlkampf etwa mittels einer Grafik darauf hingewiesen, dass in der Städteregion 5.000 abgelehnte Asylbewerber leben würden. In einem anderen Posting hat er auf „tausende Abschiebungen“ hingewiesen, die in der Städteregion mittels „Kettenduldung [...] verhindert“ würden. Tatsächlich haben zu dem Zeitpunkt lediglich rund 2.900 Geduldete in der Städteregion gelebt. (DLAC: Wahl zum Städteregionsrat: Die fast unsichtbare AfD. <http://demokratie-leben-aachen.de/cms/index.php/aktuell/meldungen/305-wahl-zum-staedteregionsrat-die-fasst-unsichtbare-afd>; Wahlergebnis Aachen siehe [https://wahlen.regioit.de/AC/str18/05334002/html5/Landratswahl\\_NRW\\_73\\_Gemeinde\\_Stadt\\_Aachen.html](https://wahlen.regioit.de/AC/str18/05334002/html5/Landratswahl_NRW_73_Gemeinde_Stadt_Aachen.html); Screenshots im Archiv)

3. November 2018: In der Lokalzeitung erscheint ein Artikel über die Programmpläne der „Bürgerstiftung Lebensraum Aachen“ anlässlich des Themas 70 Jahre Grundgesetz im Jahre 2019. U.a. heißt es darin: „Adolf Bartz, Leiter der ebenso beteiligten AG Menschenrechte und Vielfalt, ergänzt: ‚Wenn wir erreichen, dass sich wieder mehr Widerspruch regt bei rassistischen und ausgrenzenden Äußerungen, haben wir viel geschafft.‘“ (AN: Die Demokratie ist kein Selbstläufer mehr. 3. November 2018. Seite 17)

November 2018: Eine junge syrische Familie mit einem zweijährigen Kind bezieht in einem Sechsparteien-Haus eine Mietwohnung. Bereits am Tag des Einzugs kommt es zu Beschwerden der alteingesessenen, ausnahmslos weißen Nachbarschaft we-

gen angeblicher Lärmbelästigung. Nach drei Monaten erhält die Familie eine Abmahnung der Vermieterin mit detaillierten Lärmprotokollen der Nachbar/innen. Darin wird von ununterbrochenem Geschrei, Getrappel und Gerenne berichtet und es werden Vermutungen über häusliche Gewalt und eine schlechte Kindererziehung angestellt. In der Beratung des GBB berichtet die Familie von Bedrohungssituationen durch eine Nachbarin, die ihren Hund im Haus frei herumlaufen lässt und des Öfteren mit dem Hund vor der Türe der Familie steht, um sich lautstark zu beschweren. Die Familie kann zu einigen in den Lärmprotokollen angegebenen Zeiten ihre Abwesenheit belegen. Gegen die Abmahnung wird Widerspruch eingelegt. Als Reaktion erfolgt eine ordentliche Kündigung, ohne dass auf die Argumentation zur Begründung des Widerspruchs und die dort aufgeführten Hinweise auf rassistisches Mobbing durch die Nachbarschaft eingegangen wird. Die Familie muss nun innerhalb der Kündigungsfrist von drei Monaten eine andere Wohnung finden; gelingt ihr das nicht, ist sie einer Räumungsklage durch die Vermieterin ausgesetzt. *(Antwort des Gleichbehandlungsbüros [GBB] Aachen, Integrationsagentur – Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit im Pädagogischen Zentrum Aachen e.V., auf Anfrage von NRWeltoffen Aachen)*

Oktober/November 2018: In Aachen wird für wenige Wochen eine neue „Ortsgruppe“ der „Identitären Bewegung“ (IB) aktiv. Es werden u.a. fremdenfeindliche Flyer in Briefkästen verteilt, Aufkleber und vereinzelt Plakate verklebt. Auch in den sozialen Medien wird man mit einer Reihe von Twitterprofilen aktiv. Anfang November hält die „Ortsgruppe“ zudem eine sehr überschaubare Aktion gegen den UN-Migrationspakt auf dem Markt ab. U.a. wird für eine Fotoaktion kurz ein Transparent mit der Losung „Migrationspakt stoppen“ auf der Rathaustreppe gezeigt. Die IB selbst behauptet, sie halte eine „Kundgebung“ ab. Tatsächlich sind nur sechs bis sieben Personen aktiv, Fotos davon werden später über die sozialen Medien verbreitet. Einer jener rechts-extremen und fremdenfeindlichen Aktivisten aus dem Aachener Außenbezirk Orsbach wird spätestens im Frühjahr 2019 bei den „Gelbwesten Aachen“ aktiv (*siehe Dezember 2018*); zuvor ist er schon im Jahr 2017 an Infoständen der AfD aufgefallen, 2019 fällt er erneut im Umfeld mindestens eines AfD-Standes auf. *(Eigene Recherchen. Fotos und Screenshots im Archiv)*

29. Oktober 2018: Bericht in der Lokalzeitung über den Neustart der „Deutsch-Israelischen Gesellschaft Aachen“ (DIG Aachen), die nach unterschiedlichen Problemen, Streitereien und Unregelmäßigkeiten in den letzten Jahren nun einen neuen Vorstand hat. Jener habe „auch dafür gesorgt, dass die damaligen rechten Hetzer aus Reihen der AfD und Burschenschaften die DIG Aachen inzwischen verlassen haben oder dort zumindest kein Forum mehr finden.“ Es gebe nun zudem ein Memorandum, in dem nicht nur die Zielsetzungen der DIG Aachen festgeschrieben seien, sondern auch die „Überzeugungsgrundsätze“ der Mitglieder. Dazu gehört laut Bericht unter anderem das „Bekenntnis zum Ideal einer toleranten, freien und offenen Gesellschaft ohne Antisemitismus, Rassismus und andere Formen der Diskriminierung“. Auch jedes Neumitglied müsse sich künftig auf dieses Memorandum verpflichten. (AN: *Die Turbulenzen sind überwunden. 29. Oktober 2018. Seite 23*)

25. Oktober 2018: Bericht in der Lokalzeitung über einen Vortrag des Psychoanalytikers Thomas Auchter unter dem Titel „Das Fremde zwischen Angst und Faszination – Psychoanalytische und psychosoziale Aspekte“: „Jener Hass auf Fremde und anscheinend andersartige Menschen war infolge der Rassenideologie der Nazis treibende Kraft für Verfolgung, Folterung und millionenfachen Mord. Auch heute verdichtet sich alte Nazi-Ideologie wieder mit neuen Formen des Fremdenhasses, wie der [...] Psychoanalytiker [...] in einem Vortrag auf einer gemeinsamen Veranstaltung der Bürgerstiftung Lebensraum mit dem Verein Die Frankenbu(e)rger schilderte.“ Das Schüren von Ängsten vor dem Fremden und den Anderen sei unterdessen eine Massenerscheinung, die sich jetzt in den politischen Zusammenschlüssen von „AfD, Pegida, NPD und der CSU“ manifestiere. Die Angst vor Fremden könne sich so zum Fremdenhass fortentwickeln, der sogar soweit gehe, dass man auch den Tod Fremder fordere, indem man verbal entgleise und voller Menschenverachtung fordere, Flüchtlinge sollten „doch einfach im Mittelmeer absaufen“, so Auchter laut dem Bericht. (AN: *Die Angst vor dem Fremden bewältigen. 25. Oktober 2018. Seite 22*)

20. Oktober 2018: Bericht in der Lokalzeitung über einen Infoabend auf der Burg Frankenberg über jüdische Opfer aus dem Viertel während der Nazizeit. An dem

Abend geht es insbesondere um das jüdischen Fabrikantentum „vor allem im blühenden Frankenger Viertel mit seiner gehobenen Bürger- und Beamten-schicht. [...] Von den etwa 2.000 jüdischen Bürgern der Aachener ‚Synagogengemeinde‘ – hier wird der Ausdehnungsbereich des Jahres 1933 zugrunde gelegt [und ihr gehörten auch Menschen aus umliegenden Städten und Kreisen an] – wurden bis 1945 [...] 841 Menschen jüdischen Glaubens ermordet, bei 446 gibt es keine Informationen über ihren Verbleib, 150 starben eines natürlichen Todes, und nur 563 überlebten die Verhaftungswellen in Aachen. [...] 403 jüdische Menschen waren in der Zeit von 1933 bis 1945 ansässig im [Frankenger Viertel], 134 wurden ermordet, von 104 ist nichts bekannt, 130 überlebten Verfolgung und Krieg.“ (AN: *Es geschah vor jedermanns Tür. 20. Oktober 2018, Seite 23*)

17. Oktober 2018: Bericht in der Lokalzeitung über einen Besuch von Ibrahim Arslan am Anne-Frank-Gymnasium, er ist Überlebender eines rassistisch motivierten Brandanschlages in Mölln 1992. Die meisten Schüler, „die sich zu Wort melden, folgen Arslan. ‚Haben wir wirklich zu viele Flüchtlinge?‘, holt ein Mädchen die aktuellen Debatten in den Raum. ‚Ich sehe keine Flüchtlinge. Ich sehe nur Menschen.‘ Ein anderer meint: ‚Das Wort Wirtschaftsflüchtling wird immer verächtlich ausgesprochen. Dabei sind wir in der westlichen Welt verantwortlich für Fluchtursachen wie Armut und Krieg.‘ Andere wollen Arslans Verurteilung der rechtsgerichteten Demonstrationen in Chemnitz nicht folgen: ‚Die pauschale Ablehnung aller Demos ist falsch. Ich kann die Wut der Ostdeutschen verstehen.‘“ (AN: *Wer erinnert sich noch an die Mölln-Opfer? 17. Oktober 2018, Seite 16*)

15. Oktober 2018: Reportage in der Lokalzeitung über einen Besuch bei der „Burschenschaft Teutonia“ in Aachen sowie dem Verbindungswesen generell. Bezüglich der Teutonen heißt es in dem Bericht u.a.: „[...] die Verbandszeitschrift der Allgemeinen Deutschen Burschenschaft. Im Vorwort einer Ausgabe kritisiert Frank Grobe von der Teutonia Aachen, dass sich ‚zwei angeblich »deutsche« Nationalspieler mit »ihrem« türkischen Präsidenten Erdogan‘ ablichten ließen. An diesem Beispiel lasse sich die fehlende Integrationsbereitschaft der meisten Muslime in Deutschland ablesen, so Grobe wortwörtlich. Aussagen wie diese wirken engstirnig und alles andere



als weltoffen. Genauso wie die Worte an der Wand im Eingangsbereich des Teuten-Hauses, die einem direkt ins Auge springen: ‚Ehre, Freiheit, Vaterland‘ steht da. Es ist der Wahlspruch der Allgemeinen Deutschen Burschenschaft. ‚Historisch gesehen entspringen diese Worte der Kriegsrhetorik des Ersten Weltkrieges. Heute gibt es in der Gesellschaft ganz andere Konnotationen wie Populismus und Fremdenfeindlichkeit‘, erklärt Politikwissenschaftler [Prof. Dr. Emanuel] Richter [von der RWTH]. ‚Die Burschenschaften müssen sich bewusst sein, welchen Verdacht diese Worte hervorbringen.‘“ (AN: *Eine Tradition, so harmlos wie gefährlich*. 15. Oktober 2018. Seite 19)

Oktober 2018: Eine Studentin wird im Rahmen eines Arbeitnehmerüberlassungsvertrages am Einsatzort einer in Aachen ansässigen Produktionsfirma von einem Kollegen sexuell belästigt und auf ihre Beschwerde bei einer unmittelbaren Vorgesetzten hin von dieser rassistisch beleidigt. In einem Schlichtungsgespräch am Einsatzort wiederholt sich die Diskriminierung, da die Betroffene von den teilnehmenden Personen im Ergebnis dazu gedrängt wird, die Angelegenheit nicht so schwer zu nehmen und sich mit ihrer Versetzung in einen anderen Arbeitsraum zufriedenzugeben. Erfreulicherweise nimmt die Firmenleitung die AGG-Beschwerde des GBB nicht nur zum Anlass, die diskriminierenden Mitarbeiter/innen abzumahnern, sondern die Wirksamkeit ihres AGG-Beschwerdemanagements insgesamt zu überprüfen. (*Antwort des Gleichbehandlungsbüros [GBB] Aachen, Integrationsagentur – Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit im Pädagogischen Zentrum Aachen e.V., auf Anfrage von NRWeltoffen Aachen*)

17. September 2018: Der AfD-Verband Aachen veröffentlicht auf seiner Facebook-Seite einen Screenshot von einem Twitter-Beitrag der Staatssekretärin für Bürgerschaftliches Engagement und Internationales, Sawsan Chebli (SPD). Chebli ist als Frau und Migrantin eine Hassfigur für die rechte Szene. In dem Tweet lobt sie eine orientalische Band aus Berlin, die ihr bei einem Livekonzert ein „Heimatgefühl“ vermittelte. „Deutschland 2018: Eine in Berlin geborene deutsche Staatssekretärin empfindet beim Hören von orientalischer Musik Heimatgefühle. #gelungeneintegration“, kommentiert dies die AfD Aachen. Facebook-Nutzer kommentieren dies zum Teil

rassistisch konnotiert. Ein User schreibt etwa über „orientalische[s] Gejaule“, ein anderer meint, Chebli solle ihrem „Heimatgefühl nachgeben und zurück zu den Wurzeln“ reisen. Auch ein anderer User kommentiert, sie solle „nach Hause“ bzw. „in ihre Heimat abhauen“. Sawsan Chebli ist 1978 in West-Berlin geboren und dort aufgewachsen. Kommentare wie „Abschieben... raus“ und „Die gehört auch in den Libanon“ hat der Admin/Moderator der Facebook-Seite wieder gelöscht/verborgen.

*(Screenshots im Archiv)*

16. September 2018: Seit dem Wochenende Mitte September 2018 ist der Aachener Ratsmann Markus Mohr der Vorsitzende bzw. Sprecher des AfD-Stadtverbandes Aachen. Mohr bildet mit dem ehemaligen, führenden Funktionär von „Pro NRW“, Wolfgang Palm, die Ratsgruppe „Allianz für Aachen“ (AfA). Die Gruppe bzw. beide Ratsleute sind in der Vergangenheit mehrfach durch Anfragen und Anträge aufgefallen, die durch rassistische und neurechte Konnotationen Aufsehen erregten. In der Ratssitzung am 24. Januar 2018 hat Mohr etwa im Stadtrat anderen Parteien in seiner Rede vorgeworfen, sie würden eine „Politik des großen Bevölkerungsaustauschs“ betreiben. Die Umschreibung „großer Austausch“ für die Zuwanderung stammt aus der rechtsextremen Szene bzw. von der rechtsextremen „Identitären Bewegung“ (IB). Mohr hat bei seiner Haushaltsrede in dieser Ratssitzung auch gegen die „Asylindustrie“ gewettert. Während Asylunterkünfte leer stünden und Geflüchtete in Wohnungen untergebracht würden, entziehe die Politik so allen bzw. besonders benachteiligten „Einheimische[n]“ Wohnraum, so Mohr. In einem Antrag hat die AfA 2018 zudem von „[a]ls ‚Flüchtlinge‘ viktimisierte [sic!] illegale Einwanderer“ geschrieben. Im August 2018 hat die AfA einen Antrag zwecks Gründung der Städtepartnerschaft Aachens mit der Stadt Szeged in Ungarn gestellt, einer Grenzstadt. U.a. heißt es in diesem Antrag: „Während in Deutschland über offene Grenzen ein radikaler sozio- und ethnokultureller Gesellschaftsumbau vorangetrieben wird, insistiert die restriktive ungarische Grenzpolitik auf dem Erhalt, Schutz und Vorrang der eigenen Bevölkerung. [...] Die europäischen Völker sind durch ein tieferes geschichtliches, kulturelles und schicksalhafteres Band miteinander verwoben, als das flüchtige postmoderne ideologische Formkonstellationen, wie der westliche Multikulturalismus, zu durchtrennen vermöchten.“ In einem anderen Antrag im Herbst 2018 hat die Ratsgruppe gefordert, Fördermittel für ein Projekt für psychisch kranke Flüchtlinge

umzuleiten in eine Akutambulanz für psychisch kranke „Menschen“. Die Flüchtlinge sind in dem Antrag als „psychisch labile Mängelwesen“ beschrieben worden. In einem Antrag im Oktober 2018 nennt die „Allianz“-Ratsgruppe ein Aachener Kunstwerk von Peter Eisenman – dem Architekten mit jüdischen Wurzeln, der auch das Berliner Holocaust-Mahnmal entworfen hat – ein „nie heimisch geworden[es]“ Werk „eines degenerierten Architekturstils“. (*DLAC: AfD in Aachen: Kurs auf den völkischen Nationalismus. <http://demokratie-leben-aachen.de/cms/index.php/aktuell/meldungen/304-afd-in-aachen>; Notizen von der Ratssitzung; Kopien der Anträge ff. im Archiv*)

1. September 2018: AfD-Ratsmann Markus Mohr beschreibt in einem Facebook-Posting die multikulturelle Gesellschaft angesichts der Bluttat von Chemnitz als eine „tödliche Ideologie“. (*Screenshot im Archiv, dokumentiert unter <https://twitter.com/Klarmann/status/1035892679434010625>*)

18. August 2018: Bei einem Aufmarsch zu Ehren des ehemaligen Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß in Berlin fällt der „Rheinland-Block“ u.a. mit antisemitischen Parolen auf. So stimmt der Block auch den Gesang an: „Wo man Juden deportiert, da ist das Rheinland, schalalalala...“ In dem Block befinden sich auch Neonazis aus der Region bzw. aus Aachen, mindestens einer aus Aachen und einer aus Heinsberg singen mit. Letztgenannter wird im April 2019 vor Gericht als Jugendlicher verurteilt. (*JFDA – Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus: Video und Text siehe <https://www.facebook.com/juedischesforum/videos/235919423789726/>; AN [Lokales Heinsberg]: 21-Jähriger wegen antijüdischer Parolen verurteilt. [https://www.aachener-nachrichten.de/lokales/heinsberg/21-jaehriger-wegen-anti-juedischer-parolen-verurteilt\\_aid-38387707](https://www.aachener-nachrichten.de/lokales/heinsberg/21-jaehriger-wegen-anti-juedischer-parolen-verurteilt_aid-38387707); BnR: Milde Strafe für rheinländischen Neonazi. <https://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/milde-strafe-f-r-rhein-ndischen-neonazi>*)

3. August 2018: In Leserbriefen zum Thema Asylpolitik wird sowohl der Ton in manchen zuvor publizierten Leserbriefen in der Lokalzeitung bemängelt als auch Kritik an Geflüchteten geäußert. Eine Leserin aus Aachen schreibt u.a.: „Die Inhalte der Leserbriefe zum Thema Flüchtlinge sind größtenteils kaum zu ertragen. Das wirklich Unerträgliche dabei ist, dass sehr viele Europäer glauben, dass sie die maßlosen Lebensbedingungen in ihren Ländern gepachtet hätten, und wenn die, auf deren Kosten dieser Überfluss nur möglich ist, demütig um einen Krümel vom fetten Kuchen bitten, nur ein hasserfülltes ‚Raus‘ hören.“ Ein Leser aus Aachen schreibt: „Jeder Geflohene aus humanitären oder politischen Gründen (nicht aus Wirtschaftsgründen!) sollte in unserem Land willkommen sein, solange er sich an unsere Kultur und Gesetzmäßigkeiten hält und bemüht ist, sich zu integrieren (Sprache, Kultur, Arbeit, etc.). Wer als Gast in unserem Land jedoch meint, sich nicht daran halten zu müssen und unsere Gastfreundschaft missbrauchen zu können, sollte sehr schnell und nachdrücklich unser Land wieder verlassen müssen. Die Aufnahme in unsere Gesellschaft gebietet schon unsere abendländische Kultur (und das C und S im Namen mancher großer Parteien).“ Ein Leser aus Langerwehe schreibt über einen älteren Artikel: „In dem Text geht es unter anderem um die Einstufung der Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsländer. Hierzu äußert der Unions-Innenexperte Mathias Middelberg gegenüber Ihrer Redaktion Unverständnis für das Vorhaben der Grünen, eine entsprechende Einstufung dieser Staaten verhindern zu wollen, da die Schutzquoten dieser Länder verschwindend gering seien. ‚Zudem‘, so Middelberg, ‚sind Angehörige dieser Länder überdurchschnittlich oft kriminell‘, was auch für Menschen aus Georgien gelte. Ich finde es befremdlich, dass ein Zitat, welches in dieser Form offen rassistisch ist, von Ihrer Zeitung völlig unkommentiert stehen gelassen wird. Menschen aus den Maghreb-Staaten und aus Georgien sind also überdurchschnittlich oft kriminell? Beziehen sich Herr Middelberg beziehungsweise der Autor Gregor Mayntz auf alle Menschen aus diesen Staaten, also auch auf die Menschen, die nicht nach Deutschland geflüchtet sind und hier Asyl beantragt haben, sprich in ihren Heimatländern geblieben sind? Oder sind lediglich die Menschen gemeint, die in Deutschland Asyl beantragt haben?“ (AN: *Grausame Slums, Punkte und Rassismus*. 3. August 2018. Seite 22)

August 2018: Eine Frau fährt wie jeden Morgen mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu ihrer Arbeitsstelle. Jeweils ein Kontrolleur steigt vorne und hinten in den Bus ein. Sie zeigt dem einen Kontrolleur ihr Jobticket. An der nächsten Haltestelle möchte sie aussteigen, weshalb sie sich zum Ausgang begibt und dort als einzige dunkelhäutige Person gemeinsam mit mehreren anderen Personen auf den nächsten Stopp wartet. Der zweite Kontrolleur kommt auf sie zu und verlangt ausschließlich von ihr erneut das Vorzeigen des Tickets. Ihre Beschwerde bei den örtlichen Verkehrsbetrieben ist nicht erfolgreich. Ein Fehlverhalten können diese in der selektiven Auswahl des Kontrolleurs nicht erkennen. *(Antwort des Gleichbehandlungsbüros [GGB] Aachen, Integrationsagentur – Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit im Pädagogischen Zentrum Aachen e.V., auf Anfrage von NRWeltoffen Aachen)*

Sommer 2018: In verschiedenen Bereichen Aachens kommt es wiederholt zu rechtsextremen Aufkleber-Aktionen durch „Syndikat 52“ (S52), „Die Rechte“ (DR) bzw. die „Identitäre Bewegung“ (IB)/„Ein Prozent“. Bei verschiedenen solcher Aktionen werden Aufkleber verklebt, die sich gegen Zuwanderung, Migration bzw. die „Asylflut“ richten. *(Eigene Recherchen/Fotos/Privatfotos im Archiv)*

Juli 2018: Seit (spätestens) Januar 2018 kommt es in Aachen in verschiedenen Bereichen der Innenstadt – besonders am Adalbertsteinweg, Kaiser- und Hansemannplatz, im Umfeld von St. Josef und dem Justizzentrum – zu teils großflächigen und zuweilen antisemitischen bzw. rechtsextremen Kreidemalereien auf Fußwegen. Wegen der Machart und Witterung sind diese jedoch nicht immer vollständig erkennbar und daher inhaltlich nicht immer genau nachzuvollziehen. Offenbar fühlt sich der Urheber u.a. von der Staatsmacht, Polizei und Justiz ungerecht behandelt und hinterlässt entsprechende Botschaften. Zugleich richten sich die Schmierereien gegen Juden und Linke, andererseits sind sie unterschwellig nationalistisch bis rechtsextremistisch. Im Januar sind diesbezüglich eine Reihe von Davidsternen aufgefallen, ergänzt um das Wort Raus (meint: „Juden raus!“). Ähnliche Schmierereien mit Kreide, zum Teil ergänzt um Symbole auch anderer Religionsgemeinschaften, fallen Mitte 2018 erneut auf. Vor dem Justizzentrum ist kurz zuvor neben solchen und polizeikritischen Inhalten auch eine Losung mit Kreide hinterlassen worden, dass Deutsche

nicht zur Arbeit gehen sollten, sondern „zur Wehrmacht“. Im zeitlichen Umfeld bezeichnet ein Mann u.a. aus einem Wohnungsfenster an der Haltestelle Josefskirche Menschen, die er als Antifaschisten oder Linke einordnet, als „Juden“ bzw. pöbelt diese an. (*Eigene Recherchen/Beobachtungen/Zeugenschilderungen*)

4. Juli 2018: In der Lokalzeitung (Online-Ausgabe) erscheinen zwei Artikel darüber, dass unter Juden in der Region bzw. in Aachen angesichts eines wachsenden Antisemitismus die Angst wachse. Aufhänger der beiden Artikel ist ein Mann aus Eschweiler, der selbst kein Jude ist, jedoch eine Kippa trägt, um ein Zeichen gegen Judenfeindlichkeit zu setzen: „Am 27. April begann E[.] damit, seine Erfahrungen niederzuschreiben [...]. Kein Mal sei er körperlicher Aggression ausgesetzt gewesen. Und nur ein einziges Mal, auf dem Dürener Markt, sei er massiv beschimpft worden — als ‚Judenarsch‘. ‚Es ist erstaunlich, welch irrsinnige Menge Menschen ich getroffen habe, die mich ansehen und strahlen, deren miesepetriges Gesicht beim Blick auf meine Kippa sofort freundlich wird.‘ Wie die junge, bunt gekleidete Schwarzafrikanerin, die ihn anstrahlte und ihm zuwinkte. [...] Anfeindungen gibt es natürlich auch. Bemerkenswert: ‚Nahezu alle negativen Reaktionen auf meine Kippa kommen von muslimischen Frauen.‘ Wie von der jungen Muslima im Stolberger Burgcenter, deren Gesicht sich bei E[.s] Anblick, so berichtet er, ‚hasserfüllt verzerrte, als sie mich anstarrte‘. In einer Eschweiler Drogerie drehten zwei junge Muslimas sich demonstrativ weg. Und als er am Stolberger Bahnhof seine beiden Söhne [...] abholen wollte, parkte ein arabisch aussehender junger Mann ihn so zu, dass er nicht aussteigen konnte. ‚Das war eindeutig‘, sagt E[.]: Bis auf E[.s] Wagen war der gesamte Parkplatz völlig frei.“ Ein Vertreter der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Aachen (DIG Aachen) äußert sich dazu: „E[.s] bisher überwiegend positive Erfahrungen kann Alexander Weyermann allerdings nicht bestätigen. Und verweist auf eine Statistik, nach der rund 15 Prozent aller in Deutschland lebenden Menschen den Juden das Recht auf physische Existenz absprechen. [...] Das äußere sich zum Beispiel darin, dass in der Vorstandsliste der Deutsch-Israelischen Gesellschaft — drei der sieben Vorstandsmitglieder sind jüdischen Glaubens, einer Moslem, drei Christen — zwei Mitglieder nur mit Kürzel genannt seien: ‚Leute, die Angst haben, in der Öffentlichkeit als Juden erkannt zu werden‘, so Weyermann. Erst vor kurzem seien in Aachen Leute, die Vorträge zur jüdischen Geschichte gehalten haben, offen

bedroht worden: ‚Lasst das sein, oder wir schlagen euch zusammen!‘ Weyermann nennt weitere Beispiele: Zur Zeit der jüngsten Auseinandersetzungen am Gaza-Streifen hätten jüdische Mitbürger/innen Angst gehabt, sich am Israel-Tag am Aachener Elisenbrunnen zu beteiligen, und die Teilnahme der DIG am Aachener Multikultifest sei mit den Worten ‚Ihr seid aber mutig!‘ kommentiert worden. Weyermann selbst hatte eine jüdischen Pflegesohn, der seinen Glauben nicht versteckte. ‚Nach dem Abi bezog er eine eigene Wohnung. Nach sechs Wochen flog ein Pflasterstein mit einem Hakenkreuz durchs Fenster.‘ Es gebe in Aachen zwar Juden/Jüdinnen, die das Gebot des Kippa-Tragens befolgten, doch fast alle trügen eine andere Kopfbedeckung darüber, um nicht erkannt zu werden.“ (AN: *Unter jüdischen Mitbürgern wächst die Angst.* [https://www.aachener-nachrichten.de/lokales/eschweiler/unter-juedischen-mitbuergern-waechst-die-angst\\_aid-24561543](https://www.aachener-nachrichten.de/lokales/eschweiler/unter-juedischen-mitbuergern-waechst-die-angst_aid-24561543); AN: *Mit der Kippa auf dem Kopf ein Zeichen gegen Judenfeindlichkeit setzen.* [https://www.aachener-nachrichten.de/lokales/eschweiler/mit-der-kippa-auf-dem-kopf-ein-zeichen-gegen-judenfeindlichkeit-setzen\\_aid-24561535](https://www.aachener-nachrichten.de/lokales/eschweiler/mit-der-kippa-auf-dem-kopf-ein-zeichen-gegen-judenfeindlichkeit-setzen_aid-24561535))

28. Juni 2018: AfD-Ratsmann Markus Mohr äußert sich auf seiner Facebook-Seite über den Fall Özil und einen zuvor von ihm publizierten Tweet: „Ein Nationalspieler sollte sich mit dem Land identifizieren, für das er spielt. Vereinsfarben kann ein Spieler wechseln. Die Nationalfarben trägt er im Herzen. Mesut Özil stellt öffentlich zur Schau, daß er kein Deutscher sein will, obwohl er hier geboren ist. Wenn die Nationalhymne erklingt, sind seine Lippen verschlossen. Er posiert mit dem türkischen Präsidenten Erdogan. In seiner Villa präsentiert er stolz das Bild eines osmanischen Eroberers. Özil spielt nicht für Deutschland, sondern für seinen Marktwert. Solche Spieler sind für mich fremdstämmige Fußball-Legionäre und in einer Nationalmannschaft fehl am Platz.“ Den Tweet dazu vom Vortag habe er gelöscht. In diesem hat Mohr am 27. Juni 2018 geschrieben, er hoffe, dass Bundestrainer Löw „mit seinen fremdstämmigen Legionären den Platz“ räume und es einen Neuanfang gebe. Es sei Zeit „für eine echte deutsche Nationalmannschaft, die voller Herzblut und geschlossenen Mann für Mann, für die Farben unseres Landes kämpft.“ Fremdenfeindliche bzw. rassistische Anspielungen auf die multikulturell zusammengesetzte Nationalelf also. (Screenshots im Archiv)

23. Juni 2018: Auf der Facebook-Seite der AfD-Ratsfrau Mara Lux wird ein Bericht verlinkt über Gewalttaten von Menschen mit Migrationshintergrund/Geflüchteten. Die AfD Aachen wird dieses Posting später teilen. Der kommissarische Vorsitzende des Stadtverbandes, Michael T., kommentiert beide Postings in ähnlicher Weise. Bei Lux tut er dies unter seinem eigenen Facebook-Profil, bei der AfD Aachen unter deren Namen (der Kommentar wird dort später wieder gelöscht): „Wie ein Krebsgeschwür breiten sich derartige Vorkommnisse in unserem Land aus, weil unser gesellschaftliches Immunsystem versagt. Als gesunde Hochkultur müssten wir uns schützen vor dem massenhaften Eindringen ungebildeter, aus einer archaisch geprägten Kultur stammender junger Männer, die sich derart unanständig verhalten. Allerdings haben über 50 Jahre systematische ideologische Beeinflussung durch einen aufgeblähten Staatsapparat unser Selbstwertgefühl und unseren Selbsterhaltungswillen derart geschwächt, dass wir von kulturfremden Ausländern geradezu überrannt und – wie beispielhaft in diesem Fall – brutal zerrieben werden. Die Antwort kann nur lauten: Immunsystem aktivieren: Grenzen schließen, schädliche Eindringlinge robust abwehren, integrationsunwillige Ausländer – und das sind alle, die Deutsche angreifen – sofort abschieben. Wir haben gegenüber Menschen, die unfähig sind, in ihren Heimatländern für Frieden und Wohlstand zu sorgen, keinerlei Verpflichtungen. Wir sind ihnen nichts schuldig. Wir sollten uns um unsere deutschen Kinder und deren Zukunft kümmern. Wir sollten dafür sorgen, dass deutsche Kinder in Grundschulen nur mit Kindern unterrichtet werden, die gut Deutsch sprechen können, damit ihr Potential nicht an geringeren Maßstäben degeneriert. Dazu brauchen wir nicht über 80 Millionen Einwohner in Deutschland, das geht auch mit weitaus weniger Menschen. Anstatt unseren Wohlstand an MultiKulti-Barbaren zu verschwenden, sollten wir zusehen, dass wir unsere älter werdenden Menschen pflegen und unsere jungen Menschen zu Patriotismus, freiheitlichem Denken und Wehrhaftigkeit erziehen, ausbilden und ermuntern. Deutschland zuerst und in guter Nachbarschaft in einem Europa selbstbewusster patriotischer Vaterländer!“ (*Screenshots im Archiv*)

19./20. Juni 2018: Zum Ende des Schuljahres 2018 bekleben in der Nacht vor einer am Morgen geplanten Entlassfeier Vertreter/innen von „Syndikat 52“ (S52) eine Sekundarschule umfangreich mit den Aufklebern ihrer Gruppe. Zudem wird in der Tatnacht das Schild, das die Schule als „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“



ausweist, abmontiert und gestohlen. Einer Abschlussklasse gehört, wie sich später herausstellte, ein minderjähriger S52-Aktivist an. Die Polizei verdächtigt diesen, die Tat (mit anderen) begangen zu haben, kann dies aber nicht beweisen. (*MBR Köln: Vor-Ort Stadt Aachen. <https://www.mbr-koeln.de/vor-ort/stadt-aachen>; eigene Recherchen*)

13. Juni 2018: In der Lokalzeitung erscheint ein Artikel, wonach die „Arisierung“ jüdischer Immobilien in der Nazizeit zwischen 1933 und 1945 bis heute noch weitgehend unerforscht und ungeklärt sei. „In den allermeisten Fällen hat es nach dem Ende der Nazierrschaft sogenannte Wiedergutmachungsverfahren gegeben. Überlebende ehemalige Eigentümer oder deren Angehörige konnten Anträge stellen, durch die entweder die Rückübertragung der Grundstücke oder auch finanzielle Entschädigungen erzielt werden konnten. Ohne überlebende Anspruchsberechtigte sei das Eigentum auf die in der Nachkriegszeit gegründete jüdische Treuhandgesellschaft ‚Jewish Trust Corporation‘ übergegangen, teilt die Stadtverwaltung mit. Teils seien von dieser Gesellschaft auch erst in den 1950er Jahren noch ehemals jüdische Grundstücke an die Stadt verkauft worden.“ Rund einen Monat später erscheinen dazu Leserbriefe. U.a heißt es in einem davon: „Zu lange verdrängtes Unrecht und Leid von jüdischen Mitbürgern! Dem Historiker Andreas Lorenz und Autor Joachim Zinsen gebührt Respekt, dass sie einen wichtigen Zipfel einer Unrechtsgeschichte in Aachen gelüftet haben. [...] Was hier in dem interessanten Artikel in differenzierter Sachlichkeit ausgebreitet wird, ist für die Ortsgeschichte von Aachen ein bedeutender Mosaikstein. [...] Da gibt es noch viel zu erforschen und zu erinnern! Das Problem der Restitution von geraubtem Eigentum ist ein weites Feld und leider in vielen unterschiedlichen Konstellationen wieder hochaktuell.“ (*AN: „Arisierung“ noch weitgehend unerforscht. 13. Juni 2018. Seite 17; AN: Ein Mosaikstein und die weichen Urteile. 23. Juli 2018. Seite 8*)

1. Juni 2018: Ein auf der Facebook-Seite „Euregio-Aachen“ eingestellter Polizeibericht über eine versuchte Vergewaltigung und die Festnahme eines jungen Zuwanderers als dringend Tatverdächtigen führt zu fremdenfeindlichen und rassistischen Kommentaren bzw. einer fremdenfeindlichen und rassistischen Grundstimmung in

der Debatte unter dem Posting. Daran beteiligen sich Personen, die zum einen aus rechten Facebook-Gruppen bekannt sind, zum anderen beteiligen sich daran auch ein AfD-Funktionär sowie eine Frau, die zum Jahresende hin die rechten „Gelbwesten Aachen“ (*siehe Dezember 2018*) mit initiieren wird. „Euregio-Aachen“ gibt an, ein Medienportal zu sein und wird von verschiedenen Personen betrieben, die sich selbst als Journalisten und Redakteure bezeichnen. (*Screenshot im Archiv*)

Juni 2018: Ein Kreditinstitut bewirbt eine Kontoeröffnung mit besonders günstigen Konditionen. Dies wird einer Interessentin aufgrund ihrer iranischen Staatsangehörigkeit durch das Kreditinstitut jedoch verweigert. Zur Begründung wird außerdem ausgeführt, die Antragstellerin habe keinen unbefristeten Aufenthalt in Deutschland. Ein vor dem Bundesverband deutscher Banken durchgeführtes Schlichtungsverfahren führt später nicht zum Erfolg. Das Schlichtungsgremium äußert sich in seiner Stellungnahme inhaltlich nicht zu dem Vorwurf eines Verstoßes gegen das zivilrechtliche Benachteiligungsverbot des AGG. Nach Scheitern des Schlichtungsversuchs hätte der Beratungsnehmerin grundsätzlich die Möglichkeit zur Klageerhebung offen gestanden. Hiervon macht sie keinen Gebrauch, da eine Klage mit einem erheblichen Kostenrisiko und einer zusätzlichen psychischen Belastung verbunden wäre. (*Antwort des Gleichbehandlungsbüros [GBB] Aachen, Integrationsagentur – Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit im Pädagogischen Zentrum Aachen e. V., auf Anfrage von NRWeltoffen Aachen*)

Mai bis November 2018: Es beginnt eine Serie von Nachrichten an den Autor der Chronik, der als Fachjournalist durch einen neonazistischen, antisemitischen Nachwuchs-Hooligan aus Süddeutschland von dessen echtem Facebook-Profil sowie später von unterschiedlichen Fake-Profilen aus bedroht wird. Die Serie beginnt am 11. Mai mit einer Nachricht über den Facebook-Messenger: „Klarmann du linke Ratte verpiss dich aus NRW !!! Du Judenschwein Rade bekommt dich !!!“ Am 17. Mai erfolgt ein anonymer Anruf auf die Mobilfunk-Mailbox: „Du Judenschwein. Wir kriegen dich alle.“ Am selben Tag erfolgt die Message: „Klarmann du Scheiss linke Ratte [...] wir bekommen dich so oder so du Judenschwein !!!“ Am 4. September wird per Messenger geschrieben: „Klarmann du kleines linkes Stück scheisse wir haben dei-

ne Adresse! Austria Wien wird bald vorbei kommen ;- ) soetwas wie du gehört vergast! Wir freuen uns auf dich du linke ratte“. Der Nachricht hängt ein Foto an, auf dem u.a. zweimal eine geschmierte SS-Rune zu sehen ist. Am 30. November erfolgen zwei Nachrichten: „Du scheiss linke Ratte Austria Wien findet dich sowas wie du gehört vergast ;) Du kleines Stück scheisse Kumpel aus Radevormwald Eric kann mir bestimmt verraten wo genau du wohnst du Judenschwein Verpiss dich aus Deutschland !!! Antworte du ratte oder keine Eier“; „Du scheiss jude wir von Austria Wien haben deine Adresse dank eines Kameraden aus Radevormwald [...] wir finden dich sowieso ;) Verpiss dich einfach aus Deutschland“. (*Nachrichten/Screenshots im Archiv*)

31. Mai 2018: In der Lokalzeitung erscheint ein Artikel über die Aufführung des Films „Aus dem Nichts“ im Rahmen einer Gedenkfeier 25 Jahre nach dem mörderischen Brandanschlag in Solingen, veranstaltet durch den Arbeitskreis der Integrationsräte in der Städteregion Aachen. Abdurrahman Kol, Vorsitzender der Türkisch-Islamischen Gemeinde Ditib, wird zitiert mit den Worten: „[...] Als Migrant hat man diese Geschehnisse immer im Hinterkopf. [...] Außerdem trägt die AfD dazu bei, rassistische Äußerungen salonfähig zu machen.“ Demet Jawher, Vorsitzende des Arbeitskreises, wird zitiert: „Alltagsrassismus ist auch heute noch allgegenwärtig.“ Die Gedenkfeier hat am 29. Mai 2018 stattgefunden. (*AN: Bedrückt bleiben die Menschen zurück. 31. Mai 2018, Seite 23*)

19./20./21. Mai 2018: An diesem Wochenende, spätestens aber in der Nacht zu Pfingstmontag, besprühen Unbekannte einen abgestellten Anhänger eines LKW auf einer abgelegenen Nebenstraße im Umfeld der Mies-van-der-Rohe-Schule großflächig mit Neonazi-Parolen und sonstigen Losungen/Tags. U.a. sind die Parolen „Sieg hail“ und „Wir lieben Adolf 88“ zu lesen. Die Lokalpresse witzelt später darüber, dass die rechtsextremen Sprayer zu „doof“ zum Schreiben seien. Tatsächlich ist das „Sieg hail“ eine ironische Veränderung des strafbaren Originals. Der oder die Täter haben offenbar zuerst nämlich „Sieg heil“ geschmiert, dann das „heil“ jedoch übersprüht mit dem Zusatz: „Das Macht 9000 €“. Das legt den Verdacht nahe, dass der oder die Täter bzw. Freunde von ihnen schon einmal wegen der Parole verurteilt

worden sind. Ihr abgewandeltes und vermeintlich dann strafrechtlich nicht relevantes „Sieg hail“ haben sie direkt daneben gesprüht. (*Eigene Recherchen/Fotos; AN: Staatsschutz ermittelt gegen rechte Sprayer. 30. Mai 2018. Seite 17*)

18. Mai 2018: Die rechtsextreme Facebook-Seite „Acgida – Pegida Fans Aachen“ veröffentlicht ein Foto von den Dreharbeiten der Serie „Dogs of Berlin“. Der Bodybuilder, Sport-Coach und Schauspieler Vito Pirbazari steht dabei einem Schauspieler in SEK-Ausrüstung gegenüber und schaut diesen böse an. Das echte Foto stammt von den Dreharbeiten der Netflix-Serie, der dunkelhäutige Schauspieler hat es vorher selbst als Setfoto via Instagram publiziert. Von dem Betreiber der Seite, Rene M., wird das Bild lediglich ergänzt um zwei Wörter: „Noch fragen?“ [sic!] Damit soll angedeutet werden, dass dieser Migrant und Kriminelle sogar schwer bewaffnete deutsche SEK-Beamte nicht mehr respektiert. Andere rechtsextreme Seiten haben das Foto zuvor ebenso widerrechtlich verbreitet und behauptet, zu sehen sei ein 16-jähriger Asylbewerber, der auf einen „Abschiebepolizisten“ losgehe. Tatsächlich ist der Schauspieler und Bodybuilder Vito Pirbazari zu dem Zeitpunkt schon Mitte 30. Nachdem der Fake in Medienberichten und über Social-Media-Kanäle thematisiert wird, ändert „Acgida – Pegida Fans Aachen“ das entsprechende Posting ab und weist darauf hin, dass zuvor schon bekannt gewesen sei, dass es sich um eine Filmszene handelt. Egal dürfte es dabei sein, ob diese Ausrede stimmt oder nicht: das ursprüngliche Posting hat Fremdenhass schüren wollen und ist von einigen Kommentatoren auf der Seite auch genau so wahrgenommen und kommentiert worden bis zur Abänderung des Begleittextes. „Acgida – Pegida Fans Aachen“ verbreitet auch sonst Postings gegen Asylsuchende, Muslime und People of Color. „Acgida – Pegida Fans Aachen“ wird im April 2019 schließlich wegen seiner Hetze von Facebook gelöscht. (*Screenshots im Archiv; Klarmann\_Michael\_Aachen: Gestern wurde hier (s.u.) darauf hingewiesen, dass...*

<https://www.facebook.com/KlarmannMichaelAachen/posts/2130784760283220>; *Bento: Rechte verwechseln Foto von angeblichem Flüchtling mit Szene aus Netflix-Serie. <https://www.bento.de/politik/dogs-of-berlin-afd-seite-hetzt-mit-gefaelschtem-szenenfoto-gegen-fluechtlinge-a-00000000-0003-0001-0000-000002410906>*

18. Mai 2018: In der Lokalzeitung (Online-Ausgabe) erscheint ein Artikel über den diesjährigen Aachener Friedenslauf und dessen Begleitprogramm. Motto: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Ich würde mitmachen“. Weiter heißt es in dem Artikel: „Das diesjährige Thema stellt den ersten Artikel des Grundgesetzes in den Mittelpunkt. ‚Alle Menschen auf der Welt sind gleichwertig, das wollen wir betonen‘, hebt [Matthias] Fischer vom Netzwerk Aachener Schulen gegen Gewalt und Rassismus [...] hervor und macht zugleich deutlich, wie kostbar dieser Artikel ist: ‚Keiner wird je erleben, dass das, was der Artikel definiert, zu 100 Prozent verwirklicht wird. Täglich wird Menschenwürde verletzt, durch Kriege und gewalttätige Konflikte, durch Regime, die die Menschenwürde untergraben.‘ Aber auch in Deutschland sei die Menschenwürde bedroht, beispielsweise, wenn Menschen aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit oder Herkunft von anderen beschimpft, bedroht oder angegriffen würden.“ (AZ: *Friedenslauf: Viele Schritte für gleiche Rechte*. [https://www.aachenerzeitung.de/lokales/aachen/friedenslauf-viele-schritte-fuer-gleiche-rechte\\_aid-32421313](https://www.aachenerzeitung.de/lokales/aachen/friedenslauf-viele-schritte-fuer-gleiche-rechte_aid-32421313))

9. Mai 2018: Die Polizei registriert in Aachen ein Gewaltdelikt/eine Körperverletzung, die als fremdenfeindliche bzw. rassistische Hasskriminalität eingeordnet wird. Über die Nationalität/Herkunft des Opfers gibt es keine Angaben. (Landesregierung bzw. IM NRW in ihren Antworten auf Anfragen der Bündnis-Grünen; Dokumente verlinkt/abrufbar unter DLAC: *Rechte Straftaten in der Region: Entwicklungen im Jahr 2018*. <http://demokratie-leben-aachen.de/cms/index.php/aktuell/meldungen/312-rechte-straftaten-in-der-region-entwicklungen-im-jahr-2018>)

8./9. Mai 2019: Anlässlich des 8. Mai 2018, des Jahrestags der Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus, publiziert AfD-Ratsmann Markus Mohr ein rechts(extrem)intellektuelles Statement. „Das Leid für unser Volk endete nicht. Millionenfache Vertreibung, Gefangenschaft und Ausbeutung folgten. Hunderttausende deutsche Frauen wurden in allen Teilen des Landes vergewaltigt. Mit dem 8. Mai endete Deutschlands Zeit als souveräne Nation.“ Unterschwellig schwingt hier eine Frage mit: War Deutschland für Mohr unter Hitler „souverän“? Der Ratsmann schreibt weiter: „Deutschland wurde nicht nur materiell, sondern auch mental entrei-

chert. Es begann eine nie dagewesene Umerziehung (Reeducation) des deutschen Geistes. [...] Der 8. Mai ist kein Feiertag. [...] Deutschland und Europa brauchen dringender als je zuvor eine geistige Wende, um die Kriegshypothek der Amerikani-sierung und seines pervertierten Liberalismus abzuschütteln.“ Grünen-Ratsherr Jo-nas Paul kommentiert dieses Elaborat mit den Worten: „Derartige geschichtsklittern-de Darstellungen, die implizit den NS verharmlosen und damit dessen Opfer verspot-ten, kannte man bis vor wenigen Jahren nur aus der rechtsextremen Szene.“ Die AfD Aachen teilt das Posting von Mohr am frühen Morgen des 9. Mai 2018 mit zu-stimmenden Worten, u.a. ergänzt um den Satz: „Wir freuen uns über Ihren Mut zur Wahrheit.“ Facebook löscht das Posting von Mohr wegen Verstoßes gegen die Ge-meinschaftsstandards nach rund 16 bis 18 Stunden wieder. Darauf weist dieser mit einem weiteren Posting am 9. Mai 2018 hin. (*Screenshots im Archiv; DLAC: AfD in Aachen: Kurs auf den völkischen Nationalismus. <http://demokratie-leben-aachen.de/cms/index.php/aktuell/meldungen/304-afd-in-aachen>*)

3. Mai 2018: AfD-Ratsfrau Mara Lux postet auf ihrer Facebook-Seite einen Kommen-tar über ein Studentenwohnheim für muslimische Männer, das in Stolberg gebaut werden und nur Männern zum Wohnen offen stehen soll. Lux vermischt verschiede-ne gesellschaftliche Debatten und vertritt vermeintlich multikulturelle und emanzipa-torische Ansätze, obschon sich unter diesem Deckmantel auch Fremdenfeindlich-keit, Islamfeindlichkeit und Relativierung des Antisemitismus unter Einheimischen herauslesen lässt. Unerwähnt bleibt ebenso in dem Statement der AfD-Ratsfrau, dass es ebenso andere Wohnheime, Häuser von Studentenverbindungen oder Bur-schenschaften sowie Häuser christlicher bzw. kirchlicher Gemeinschaften gibt, in denen ausschließlich Männer oder Jungen wohnen. Das Heim für muslimische Stu-dierende sei, schreibt Lux, ein Beispiel dafür, „wie Integration eben nicht funktio-niert.“ Das Heim solle auch Frauen und nicht-muslimischen Studierenden offen ste-hen. „Die Ausgrenzung von Frauen und [...] das Aufkeimen des Antisemitismus sind die Folgen der freiwilligen Unterwerfung gegenüber dem Islam. Unsere hart erkämpf-ten Ziele wie Gleichberechtigung, Freiheit und das friedliche Zusammenleben der Menschen – ungeachtet ihrer Hautfarbe, Religion, Einstellung ihres oder Ge-schlechts – werden in jeglicher Hinsicht gefährdet und letztlich aufgegeben.“ Be-

fremdlich sind solche Aussagen auch angesichts mancher Propaganda der AfD.  
(Screenshot im Archiv)

7. April 2018: Interview in der Lokalzeitung mit dem israelischen Politologen David Ranan. Er warnt davor, die Antisemitismus-Debatte in Deutschland auf Muslime zu konzentrieren. Unter ihnen sei der Judenhass keineswegs weiter verbreitet als in der deutschen Mehrheitsgesellschaft, erklärt der Wissenschaftler gegenüber der Lokalzeitung in dem ausführlichen Interview. Die AfD und Teile der CSU, so Ranan weiter, würden solche Vorwürfe nur erheben, um Stimmung gegen Flüchtlinge aus der arabischen Welt zu machen. „Der weit überwiegende Teil antisemitischer Straftaten wird hierzulande von Rechtsradikalen und nicht von Muslimen begangen“, betont der israelische Politologe. (AN: *Antisemitismus: Experte nimmt Muslime in Schutz*. 4. April 2018. Seite 1; AN: *„Die große Angst ist übertrieben“*. 4. April 2018. Seite 2)

April 2018: Das in Aachen geborene Kind eines Doktoranden und seiner Ehefrau – beide Staatsangehörige eines westafrikanischen Landes – wird nicht in das Geburtenregister der Stadt Aachen eingetragen. Die Eltern erhalten lediglich eine Bescheinigung über die Zurückstellung der Beurkundung. Grund für die Zurückstellung ist die Nicht-Anerkennung der Heiratsurkunde der Eltern aus dem Heimatland. Ihnen wird mitgeteilt, dass die Heiratsurkunde (auf eigene Kosten in Höhe von 600 Euro, mit ungewisser Dauer und Erfolgsaussicht) zunächst legalisiert werden müsse, da sie sonst nur als ledig in das Geburtenregister eingetragen werden könnten. Dies wollen die Eltern vermeiden, da auch in ihrem Heimatland die Ehelichkeit eines Kindes einen hohen Stellenwert hat. Sie akzeptieren daher die Zurückstellung der Beurkundung. Erst in der Beratung des GBB erfahren Sie, welche weitreichende Folgen die Zurückstellung hat. So ergeht keine Meldung an das Einwohnermeldeamt und von dort keine Meldung an das Finanzamt. Aufgrund dessen wird dem Kind keine Steueridentifikationsnummer zugeteilt, weshalb die Eltern kein Kindergeld beantragen können. Die Eltern bestehen daraufhin auf einer Eintragung des Kindes in das Geburtenregister, die Eintragung als ledig nehmen sie notgedrungen in Kauf, genauso wie ihre daraus resultierende finanzielle Schlechterstellung aufgrund der Zuerteilung der Steuerklasse I für Ledige. Die Eintragung erfolgt mit den Zusätzen „Identität

nicht nachgewiesen“ neben den Namen der Eltern und „Namensführung nicht nachgewiesen“ neben dem Namen des Kindes. Auf Nachfrage wird ihnen erklärt, diese Vermerke seien erforderlich, weil ihre Heimatpässe ebenfalls nicht anerkannt werden könnten. Die Nicht-Anerkennung der Eheschließung und der Heimatpässe durch die Behörde wird von den betroffenen Eltern als existentielle Respektlosigkeit und Verletzung der Menschenwürde erlebt. Die unmittelbaren Einschränkungen in der Lebensführung der Eltern sind offensichtlich. Aber auch die Kinder, die lediglich in Besitz einer Zurückstellung oder einer eingeschränkten Beurkundung ihrer Geburt sind, haben in ihrem späteren Leben mit vielfältigen Hindernissen zu rechnen. Die Ausgrenzung zieht sich auf diese Weise generationenübergreifend fort. Offizielle Zahlen, wie viele in Aachen geborene Kinder von dieser Praxis betroffen sind, existieren bislang nicht. *(Antwort des Gleichbehandlungsbüros [GBB] Aachen, Integrationsagentur – Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit im Pädagogischen Zentrum Aachen e.V., auf Anfrage von NRWeltoffen Aachen)*

25./26. März 2018: In der Lokalzeitung (Online-/Print-Ausgaben) erscheint ein Artikel über die diesjährigen Internationalen Wochen gegen Rassismus. Ibrahim Arslan hat hierzu die Volkshochschule (VHS) besucht, zudem wurde der Dokumentarfilm „Nach dem Brand“ gezeigt. Im November 1992 haben Neonazis Arslans Elternhaus in Mölln angezündet. Im Bericht heißt es u.a.: „Es hat sich nichts geändert“, sagt er. „Mit Parolen wie ‚Das Boot ist voll‘ schüren Populisten und Rechtsextremisten weiterhin Ängste und tragen so eine Mitschuld an rassistisch motivierten Anschlägen.‘ [...] Aber manchmal versuche man auch, ihn mundtot zu machen. ‚Das lasse ich nicht zu‘, betont er und wünscht sich, dass auch all die anderen Opfer ihre Stimme erheben und sich zeigen. Denn die Solidarität mit den Opfern – gerade auch von politischer Seite – sei wohl das Mindeste, was die Opfer erwarten könnten.“ *(AN: Ibrahim Arslan erzählt vom Brandanschlag auf seine Familie. [https://www.aachenernachrichten.de/lokales/aachen/ibrahim-arslan-erzaehlt-vom-brandanschlag-auf-seine-familie\\_aid-24538349](https://www.aachenernachrichten.de/lokales/aachen/ibrahim-arslan-erzaehlt-vom-brandanschlag-auf-seine-familie_aid-24538349); AN: „Kein Faschist kann kommen und den Himmel anzünden“. 26. März 2018, Seite 19)*



Mitte/Ende März 2018: Der Kreisverband Aachen-Stadt der Arbeiterwohlfahrt (AWO) veranstaltet am Elisenbrunnen Aktionen anlässlich des Internationalen Tages gegen Rassismus. Man führt dabei viele Gespräche untereinander und mit Passanten, schreibt die Lokalzeitung. „Es kam auch zur Sprache, wie die Situation der Iraner, Iraker, Kurden und Juden ist und wie Rassismus sich in anderen Nationen zeigt“, schildert demnach Gaby Lang, Koordinatorin im AWO-Begegnungszentrum im Preusswald. (AN: *Ein bunter Kampf gegen den Rassismus. 28. März 2018. Seite 16*)

23. März 2018: In der Lokalzeitung (Online-Ausgabe) erscheint ein Artikel über die diesjährigen Internationalen Wochen gegen Rassismus. Hintergrund ist eine Podiumsdiskussion in Stolberg mit dem Politikwissenschaftler Frank Decker auf Einladung der Städteregion Aachen. Bei der Diskussionsveranstaltung im Zinkhütter Hof in Stolberg ist er dabei vor allem auf das Verhältnis von Rassismus und Populismus eingegangen. „Für dessen Erstarren macht er ein ‚populistisches Moment‘ in der Zeit während der Eurokrise aus, in die etwa die Sarrazin-Debatte und auch die Gründung der AfD falle. Dass diese auf Stimmenanteile in der jetzigen Größenordnung gekommen sei, habe ihn nicht erstaunt“, wird Decker wiedergegeben. Weiter heißt es, der Rassismus der sogenannten Neuen Rechten liefere dazu den ideologischen Unterbau. Lokalzeitung: „Diese setze nicht mehr auf den völkischen Überlegenheitsgedanken, sondern auf die Erhaltung der vermeintlichen Einheit der Ethnien. Vermengt mit Aktionen ‚unterhalb der Gewaltschwelle‘ und durch die Nutzung der öffentlichen Aufmerksamkeitsmechanismen habe etwa die rechtsextreme Identitäre Bewegung bereits [laut Decker] eine Diskursverschiebung erreicht.“ Polemik und Hetze von Politikern würden sich auch im Alltag niederschlagen, so Nora Hamidi vom Arbeitskreis der Integrationsräte der Städteregion. Dies merke ihre Stelle jeden Tag. Hamidi wird in dem Bericht zitiert: „Das Klima für Leute, die aus anderen Ländern kommen, war in Deutschland nie sommerlich. Aber so fremd wie jetzt habe ich mich hier noch nie gefühlt.“ Wenn selbst ein Bundesinnenminister — gemeint sei Horst Seehofer mit seinen jüngsten Aussagen zur Rolle des Islam in Deutschland — es für richtig halte, auf solche Provokationen einzusteigen, dann werde das Zusammenleben noch schwieriger, wird Hamidi in dem Bericht der Lokalzeitung wiedergegeben. Der Sozialhistoriker Ad Knotter von der Universität Maastricht habe zudem kritisiert, derlei befeuere die Ausgrenzung von Gesellschaftsgruppen. Knotter:

„Dadurch entsteht ein Exklusivismus, welcher der Gleichbehandlung der Menschen entgegensteht, und das kann dann in offenen Rassismus übergehen.“ (AN: *Von Rassismus und Populismus in einer offenen Gesellschaft*. [https://www.aachener-nachrichten.de/von-rassismus-und-populismus-in-einer-offenen-gesellschaft\\_aid-24471233](https://www.aachener-nachrichten.de/von-rassismus-und-populismus-in-einer-offenen-gesellschaft_aid-24471233))

23. März 2018: In der Lokalzeitung erscheint ein Artikel über ein Podiumsgespräch mit Geflüchteten der Hochschulgruppe von Amnesty International. In dem Bericht heißt es u.a.: „Rassismus hätten sie in Aachen eigentlich nicht erlebt, erzählen die Flüchtlinge. M[.s] Blick darauf ist allerdings ein ganz besonderer: ‚Ich kenne von Klein auf nichts anderes. Die Afghanen haben mich als Iraner beschimpft, und die Iraner als Afghanen. Heute muss ich immer erst überlegen, ob eine Äußerung rassistisch ist oder nicht.‘“ Die Eltern des jungen Mannes stammen aus Afghanistan, geboren wurde er im Iran. (AN: *Warum die Flucht nicht mit der Ankunft in Aachen endet*. 23. März 2018. Seite 18)

15. März 2018: Publizist/inn/en und Aktivist/inn/en vom politisch rechten Rand – darunter auch Thilo Sarrazin – publizieren in Berlin eine „Gemeinsame Erklärung“ mit folgendem kurzem Wortlaut: „Mit wachsendem Befremden beobachten wir, wie Deutschland durch die illegale Masseneinwanderung beschädigt wird. Wir solidarisieren uns mit denjenigen, die friedlich dafür demonstrieren, dass die rechtsstaatliche Ordnung an den Grenzen unseres Landes wiederhergestellt wird.“ Unter den Erstunterzeichner/innen befindet sich Henryk M. Broder, 2011 Träger des Ehrenpreises der Deutsch-Israelischen-Gesellschaft Aachen (DIG Aachen), sowie die ehemalige DDR-Bürgerrechtlerin Vera Lengsfeld, als Wollenberger (Nachname ihres Ex-Ehemannes) 1990 Trägerin des Aachener Friedenspreises. Schon Mitte Februar hat Lengsfeld in Berlin eine „Konferenz der freien Medien“ abgehalten mit Blogger/innen und Publizist/innen aus dem rechten und islamfeindlichen Spektrum. (*Eigene Recherchen; Kopie der Erklärung und Screenshots im Archiv; TP: Broder, Politically Incorrect und deutsche Israelfreunde*. <https://www.heise.de/tp/features/Broder-Politically-Incorrect-und-deutsche-Israelfreunde-3392457.html>)

10. März 2018: In der Lokalzeitung erscheint ein Interview mit Martin Bröckelmann-Simon, Geschäftsführer des Aachener Hilfswerks Misereor. Er sagt u.a.: „Menschen weit weg sind Fremde; deshalb identifizieren wir uns nicht so stark mit ihnen wie mit Opfern in unserer Nachbarschaft. Das Problem ist aber der Gewöhnungseffekt. Je öfter uns Gewalt begegnet, umso mehr betrachten wir sie als etwas Normales. Wir nehmen Rassismus als normal hin, je öfter er geäußert wird. Das ist eine Gefahr. Rassismus ist nicht akzeptabel, egal, wie oft und von wie vielen er geäußert wird. Er ist weder mit der Menschenrechtscharta noch mit dem Evangelium vereinbar. Christen können keine Rassisten und keine Nationalisten sein. Das geht einfach nicht. Hüten wir uns vor Gewöhnung!“ (AN: *Europa verbarrikadiert sich. Ist das die Lösung?* 10. März 2018. Seite 8)

1. März 2018: Angesichts der Diskussion um Menschen mit Migrationshintergrund bei der Tafel in Essen schreibt der Kreisverband Heinsberg-Aachen der Neonazi-Minipartei „Die Rechte“ (DR) Tafeln in der Region und ebenso die in Aachen-Stadt an. Man wolle den Tafeln ein „Hilfsangebot zum Schutz der Lebensmittelausgabe vor aggressiven (Neu-)Kunden“ anbieten. Bedürftige Deutsche dürften nicht benachteiligt werden gegenüber „jungen Männern, die zumeist aus fremden Kulturkreisen kommen“. Man habe erfahren, dass auch an regionalen Tafeln schon „bedürftige Landsleute“ abgeschreckt worden seien durch Menschen mit Migrationshintergrund. Als „Stadtzuschuss Heinsberg / Aachen“ wolle man gerne behilflich sein. Das Schreiben wird auch über die Facebook-Seite der der DR untergeordneten Neonazi-Gruppe „Syndikat 52“ (S52) und über die Homepage des Kreisverbandes via Internet verbreitet zwecks fremdenfeindlicher und rassistischer Stimmungsmache. Zitat u.a. aus diesen Veröffentlichungen: „Es ist schlimm genug, dass Deutschland langsam verarmt und die Schlangen vor Hilfseinrichtungen immer größer werden, während Millionen [sic!] Fremde illegal und ungehindert ins Land einreisen.“ (Kopie/Screenshots im Archiv)

1. März 2018: Präsentation des Buches „Und Salomon spielt längst nicht mehr...“ im Internationalen Zeitungsmuseum sozusagen als Schlusspunkt der Ausstellung „Alemania 1933 bis 1945 – Fußball zwischen Sport und Politik“. Die viel beachtete Aus-

stellung im Internationalen Zeitungsmuseum (u.a. in Kooperation mit der Interessengemeinschaft der Alemannia Fans und Fan-Clubs e.V. Aachen) ist Monate zuvor eröffnet worden. Erstmals ist für die Ausstellung und das Buch die Geschichte des örtlichen Fußballclubs während der NS-Zeit rund 65 bis 70 Jahre nach dessen Ende erforscht und dargestellt worden. Zur Buchpräsentation teilt das städtische Presseamt mit: „Anfang der 1930er Jahre begeisterten Max Salomon und Reinhold Münzenberg die Fans am Aachener Tivoli. Nationalspieler Münzenberg wurde im Dritten Reich zum größten Fußballstar der Kaiserstadt; der Jude Max Salomon suchte vergeblich Zuflucht im benachbarten Ausland und starb 1942 auf dem Weg nach Auschwitz. Die Autoren Ingo Deloie und Dr. René Rohrkamp zeichnen in ihrem soeben erschienenen Buch ‚Und Salomon spielt längst nicht mehr...‘ die Geschichte der Aachener Alemannia in der NS-Zeit erstmals ausführlich nach und schildern die Schicksale der jüdischen Mitglieder sowie die Rolle der Funktionäre im Zuge der Gleichschaltung.“ (*Städtische Pressemitteilung vom 22. Februar 2018 unter der Überschrift „Alemannia Aachen unterm Hakenkreuz“*)

26. Februar 2018: Weil die Tonhalle Düsseldorf im März George Soros den Menschenrechtspreis verleihen wird twittert, AfD-MdB Uwe Kamann aus Aachen zu einem verlinkten Medienbericht: „Nur die dümmsten Kühe suchen ihre Schlächter selber aus.“ Soros ist Jude, in der rechten Szene verkörpert er das Feindbild für eine antisemitisch konnotierte europaweite Hetzkampagne. Angeblich soll er (der Jude) demnach im Rahmen einer Verschwörung die „weißen“ Völker zwecks „großem Austausch“ mit Migranten „vermischen“ (in der Nazizeit hätte man das als „Rassenschande“ bezeichnet). Mit seinem Vermögen unterstützt Soros unter anderem Bürgerrechtsorganisationen, Bildungseinrichtungen sowie liberale politische Aktivisten. Auf all diese Hintergründe geht Kamann via Twitter nicht ein, er schreibt nur den einen Satz. Dies erinnert stark an das, was man in den USA unter „Dog Whistle Politics“ kennt, womit gemeint ist, dass Aussagen zuweilen vage bleiben, aber Insider und Gleichgesinnte die Botschaft verstehen/herauslesen bzw. je nach ihrer Meinung interpretieren können. Der Aachener MdB wird im Dezember seine Partei und Bundestagsfraktion verlassen und daraufhin auch sein Handeln und Agieren innerhalb der AfD in Interviews mit verschiedenen Medien kritisch reflektieren. (*Screenshot im*

*Archiv; Tonhalle: Menschenrechtspreis für George Soros.*

<https://www.tonhalle.de/presseblog/artikel/menschenrechtspreis-fuer-george-soros/>

16. Februar 2018: In der Lokalzeitung erscheint ein Bericht über einen Diskussionsabend zum Stück „Inside IS“ im Das Da Theater Aachen. Daran nimmt auch Iman Laghmari teil, aktiv bei „i, Slam“ und Dichterin. Die Muslima und Koptuchträgerin stammt aus Aachen, hat hier die Schule besucht und studiert aktuell in Köln Jura. Laghmari liest auch aus ihrem Gedicht „Wer bist Du?“ vor, das auch davon handelt, dem „Zorn, anti-muslimischem Rassismus ausgesetzt zu sein, die Entscheidung für das Kopftuch erklären zu müssen, das Gefühl zu haben, dass man sich für Taten der Fanatiker entschuldigen müsste, weil man Muslim ist“, so die Zeitung. *(AN: Keine Patentlösungen, aber jede Menge Denkanstöße. 16. Februar 2018. Seite 11)*

Februar 2018: Zwischen den aus einem westafrikanischen Land stammenden Eltern eines Schülers und der Schulleitung einer Hauptschule entsteht ein Konflikt bezüglich der Feststellung Sonderpädagogischen Förderbedarfs. Die Eltern vertrauen der durch die Schule eingeleiteten Begutachtung ihres Kindes nicht. Sie bestehen auf einer zusätzlichen Diagnostik durch eine Praxis für Kinder- und Jugendpsychiatrie. Bevor die Ergebnisse der Praxis vorliegen, ergeht ein Bescheid, in dem der Förderbedarf festgestellt und eine Versetzung des Jungen an eine Förderschule empfohlen wird. Die Eltern fühlen sich diskriminiert und in ihren Rechten verletzt, weil die Schule die unabhängige ärztliche Diagnose nicht abgewartet hat. Durch Begleitung und Unterstützung der Eltern zu Gesprächen mit den beteiligten Akteuren kann eine Klärung und Befriedung der Situation erreicht werden. *(Antwort des Gleichbehandlungsbüros [GBB] Aachen, Integrationsagentur – Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit im Pädagogischen Zentrum Aachen e.V., auf Anfrage von NRWeltoffen Aachen)*

Januar 2018: In der Chronik 2017 ist auf die Facebook-Gruppe „Aachen Frei Schnauze....“ eingegangen worden. (Frühere Namen: „Du bist Aachen wenn...“ bzw. „Du bist aus Aachen wenn... oder Aachen Frei Schnauze...“ *Siehe 31. Juli/1. August*

2017) Für eine Analyse im Rahmen eines anderen NRWtoffen-Projektes wird die geschlossene, nur für Mitglieder einsehbare Gruppe erneut gesichtet, ausgewertet und deren Inhalte bewertet. Anfang Januar 2018 hat die Gruppe fast 18.000 Mitglieder, regelmäßig bzw. übermäßig aktiv sind davon in diesem Zeitfenster zirka 300 bis 400. Die Moderation liegt in den Händen von realen Personen und Fakeprofilen der Admins; die Fakeprofile dienen dazu, etwaige Sperren durch Facebook bei den Hauptprofilen umgehen zu können, damit die Gruppe weiterhin auf unterschiedlichen Wegen administrativ betreut werden kann. Die politische Ausrichtung der Gruppe ist zunehmend rechtsradikal bis rechtsextrem und zuweilen sehr AfD-nah.

Auch wenn die Gruppe ursprünglich mit engem Bezug zu der Stadt Aachen gegründet worden ist und seinerzeit viele lokale Themen, Fotos und Terminhinweise usw. enthalten hat, sind in der Gruppe unterdessen auch viele Mitglieder aus der Städte-Region und dem Raum Düren/Heinsberg sowie darüber hinaus aktiv. Der Admin hat enge Bezüge zu Aachen, lebt jedoch in Würselen; ein Mitte 2017 hinzugestoßenes Mitglied wirkt über verschiedene Fakeprofile wie ein strategischer Kopf mit.

In verschiedenen Schritten hat diese Aachener Gruppe sich zu einer solchen entwickelt, in der regelmäßig rechtspopulistische, rechtsradikale und bisweilen verschwörungsideologische Inhalte gepostet werden, die oft keine Bezüge zu Aachen oder der Region haben. Regelmäßig kommt es deswegen auch zu Diskussionen mit Kritiker/innen darüber, was verschiedene Postings überhaupt noch mit Aachen zu tun hätten bzw. warum nicht mehr – so wie früher – über Aachener Begebenheiten und Veranstaltungen gepostet werde und kaum noch lokale Fotos zu sehen seien. Hinzu kommen fremdenfeindliche und (alltags-)rassistische Postings und Kommentare, sowohl mit als auch ohne lokale bzw. regionale Bezüge. Die deutlich fremdenfeindlichen Inhalte oder Kommentare werden zuweilen in strafrechtlich relevanter Weise verbreitet.

Die Gruppe gleicht Ende 2017 und Anfang 2018 keiner lokalen Facebook-Gruppe mehr, sondern sie wirkt wie der Austausch zwischen Personen mit oft alltagsrassisti-

schen, fremdenfeindlichen und rechtsradikalen bis rechtsextremen Ansichten, in seltenen Fällen sind sogar Inhalte aus der militanten Neonazi-Szene verbreitet worden. Der Ton in dieser Gruppe ist oft diffamierend und/oder beleidigend/bedrohlich (gegen Merkel, Menschen mit Migrationshintergrund usw., aber auch gegen Mitglieder mit anderen Ansichten). Insofern gleicht diese angeblich lokale Facebook-Gruppe eher solchen, die aus der „Pegida“-Bewegung her bekannt sind. Grund dafür sind auch die politischen Ansichten des Admins bzw. eines kleinen Kreises von Personen aus seinem realen und virtuellen Umfeld.

2017 ist besonders im Bundestagswahlkampf aufgefallen, dass einige der Mitglieder der Gruppe immer wieder Wahlkampf für die AfD gemacht haben. Das sich seit Mitte 2017 entwickelnde und hier beschriebene Bild der Gruppe hat sich auch im Jahre 2018 weiter so fortgesetzt. Im Frühjahr 2019 wird die Gruppe dann nach einem Melde-Marathon durch andere Nutzer von Facebook abgeschaltet. Der Versuch, umgehend eine Neuauflage als „Aachen Frei Schnauze - reloaded“ aufzubauen, scheitert binnen weniger Tage daran, dass Facebook auch diese neue Gruppe umgehend offline schaltet.

*(DLAC: Fragen und Antworten zur Debatte über den Rechtsruck einer Aachener Facebook-Gruppe. <http://demokratie-leben-aachen.de/cms/index.php/aktuell/meldungen/278-fragen-und-antworten-zur-debatte-ueber-den-rechtsruck-einer-aachener-facebook-gruppe>; Klarmann/NRWeltoffen Aachen: Chronik (alltags-)rassistischer, rechter und antisemitischer Vorfälle in Aachen. [https://www.vhs-aachen.de/tpl/vhs2/1\\_2019/2018-10-11\\_Chronik\\_NRWeltoffen\\_Aachen.pdf](https://www.vhs-aachen.de/tpl/vhs2/1_2019/2018-10-11_Chronik_NRWeltoffen_Aachen.pdf); Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus für die StädteRegion Aachen. [https://www.staedtereion-aachen.de/fileadmin/user\\_upload/A\\_46/Dateien/Konzepte/Handlungskonzept\\_Rassismus.pdf](https://www.staedtereion-aachen.de/fileadmin/user_upload/A_46/Dateien/Konzepte/Handlungskonzept_Rassismus.pdf); Klarmann\_Michael\_Aachen: Facebook hat offenbar nach einem Meldemarathon die umstrittene rechte Diskussionsgruppe „Aachen frei Schnauze“ geschlossen. [https://www.facebook.com/KlarmannMichaelAachen/posts/2570537956307896?\\_\\_tn\\_\\_=-R](https://www.facebook.com/KlarmannMichaelAachen/posts/2570537956307896?__tn__=-R); AN/AZ: Facebook löscht rechte Gruppe: „Aachen frei Schnauze“ muss ab*

sofort schweigen. [https://www.aachener-zeitung.de/lokales/aachen/rechte-facebook-gruppe-aachen-frei-schnauze-vom-netz\\_aid-37292271](https://www.aachener-zeitung.de/lokales/aachen/rechte-facebook-gruppe-aachen-frei-schnauze-vom-netz_aid-37292271))

31. Januar 2018: Die Polizei registriert in Aachen ein Gewaltdelikt/eine Körperverletzung, die als fremdenfeindliche Hasskriminalität eingeordnet wird. Über die Nationalität/Herkunft des Opfers gibt es keine Angaben. Möglicherweise handelt es sich hierbei um die Zerstörung an der „Eyüp Sultan Moschee“ (siehe 30./31. Januar 2018). (Landesregierung bzw. IM NRW in ihren Antworten auf Anfragen der Bündnis-Grünen; Dokumente verlinkt/abrufbar unter DLAC: Rechte Straftaten in der Region: Entwicklungen im Jahr 2018. <http://demokratie-leben-aachen.de/cms/index.php/aktuell/meldungen/312-rechte-straftaten-in-der-region-entwicklungen-im-jahr-2018>)

30./31. Januar 2018: Unbekannte demolieren das Schild der „Eyüp Sultan Moschee“ am Rehmplatz. Das Schild über dem Eingang der Aachener Gemeinde der „Islamischen Glaubensgemeinschaft Millî Görü“ (IGMG) sowie Scheiben an der Eingangstür sind in der Nacht beschädigt bzw. eingeschlagen worden. Über mögliche Motive liegen zu diesem Zeitpunkt (siehe 31. Januar 2018) keine Hinweise vor. Da ein politisches Motiv denkbar ist, ermittelt der Staatsschutz. Die Gemeinde hält es jedoch auch für denkbar, dass der Eingangsbereich des Eckhauses zur Ottostraße hin nur zufällig betroffen war und jemand randaliert habe, ohne den Hintergrund des Hauses zu (er-)kennen. Zugleich verbreiten seit dem Morgen u.a. türkische Nationalisten in den sozialen Medien die Nachricht, es habe einen Anschlag bzw. sogar einen Terrorangriff auf die „Eyüp Sultan Moschee“ gegeben. Über verschiedene Social-Media-Kanäle werden sowohl echte Fotos der Beschädigungen verbreitet als auch offenkundig falsche Fotos von anderen Begebenheiten, die angeblich zeigen sollen, dass diese Moschee in Aachen zudem von PKK-Aktivisten mit Parolen besprüht worden sein soll. Türkische bzw. Türkei-nahe Medien/Blogs/Kanäle verbreiten zudem (auch in deutscher Sprache), die „Angreifer“ seien „Anhänger der Terrororganisation der YPG/PKK“ gewesen. Muslime seien den Berichten zufolge auch deswegen nicht mehr sicher in Deutschland, heißt es dazu weiter. Zugleich werden kurdenfeindliche Ressentiments geschürt. (AN: *Unbekannte demolieren Schild der Moschee am*



*Rehmpplatz. [https://www.aachener-nachrichten.de/lokales/aachen/unbekannte-demolieren-schild-der-moschee-am-rehmpplatz\\_aid-30728155](https://www.aachener-nachrichten.de/lokales/aachen/unbekannte-demolieren-schild-der-moschee-am-rehmpplatz_aid-30728155); eigene Recherchen; Klarmann\_Michael\_Aachen: Seit heute morgen verbreiten u.a. türkische Nationalisten...*

*<https://www.facebook.com/KlarmannMichaelAachen/posts/2004706939557670>*

25. Januar 2018: „Parkgespräch“ der Stiftung Jürgen Kutsch in Kooperation mit NRWeltoffen Aachen über erlebten Rassismus von Menschen mit Migrationshintergrund in Aachen. Die Resonanz und Erfahrungen sind unterschiedlich. Einige Teilnehmer/innen betonen einerseits, dass sie selbst nur wenige Situationen erlebt haben, in denen sie mit Fremdenfeindlichkeit und Rassismus konfrontiert gewesen seien. Allerdings stammen einige davon auch aus intellektuellen Bevölkerungsgruppen/-schichten und bewegen sich in einer stark multikulturell bzw. international geprägten, zuweilen universitären Umgebung. Auf Nachfrage, wie sie z.B. rechtsextreme Aufmärsche und die dann skandierten Parolen oder in anderen Fällen die Reden etwa von AfD-Vertretern im Stadtrat, von denen sie durch die Medien oder aus den sozialen Medien erfahren könnten, bewerten, heißt es: Das nehme man zwar wahr, lasse derlei aber auch nicht zu nah an sich herankommen, falls man es nicht unmittelbar selbst erlebt und nur durch die Medien erfährt. Diese würden darüber aber auch wenig bzw. kaum berichten und Rechten so kein allzu großes Forum bieten, was begrüßt werde. In einem Bericht auf der Homepage der Stiftung ist über andere Aussagen an dem Abend gleichwohl zutreffend zu lesen: „Schnell kristallisierte sich heraus, dass Rechtsextremismus in der Gesellschaft heute präsenter sei denn je. So berichtete eine Besucherin: ‚Gerade im Freundeskreis merke ich, dass fremdenfeindliche Kommentare ganz einfach und beiläufig geäußert werden. Ich kann damit gar nicht umgehen, merke aber, dass ich oft alleine mit [meiner] Meinung bin.‘ Auch die Präsenz der rechtspopulistischen Partei AfD trage einen wesentlichen Teil dazu bei, dass rassistische Äußerungen im Alltag bei Weitem keine Seltenheit mehr seien. ‚Besonders gastfreundlich war Deutschland meiner Meinung nach nie, aber mittlerweile ist der Ton härter geworden‘, so der Eindruck einer Besucherin. ‚Persönlich beobachte ich oft, dass Menschengruppen stigmatisiert werden und dass der Mensch gar nicht als Individuum betrachtet wird. Dabei geht es genau darum – den Menschen als das zu sehen, was er ist: Ein Mensch. Woher er kommt, spielt

keine Rolle', sagte Kutsch. Mit Bildung und frühzeitiger Prävention könne man Rassismus vorbeugen.“ (*Eigene Notizen/Recherchen; SJK: 25. Parkgespräche: Damit Aachen weltoffen ist, muss noch viel passieren. <http://www.stiftung-juergen-kutsch.de/aktuelles/blog/25-parkgespraeche-damit-aachen-weltoffen-ist-muss-noch-viel-passieren/>*)

24. Januar 2018: Die AfD Aachen teilt auf ihrer Facebook-Seite einen Link zu einem Artikel der neurechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (JF) mit der Überschrift: „Die Angst der Kulturmarxisten vor der Aufklärung der AfD“. In einem Kurztext/ Kommentar ergänzt der Stadtverband im ethnokulturellen Sinne der Neuen Rechten: „Die Kultur ist der Herzschlag unserer Identität – und unsere Herzen schlagen so vielfältig, dass der linksgrüne Multi-Kulti-Gleichtakt der Altparteien wie das Hämmern des Titanic-Triebwerks klingt.“ (*Screenshot im Archiv*)

21. Januar 2018: Bei dem Aktionstag „Das Runde muss ins Eckige“ im Rahmen der Ausstellung „Alemannia von 1933-1945. Fußball zwischen Sport und Politik“ im Internationalen Zeitungsmuseum (IZM) findet auch eine Podiumsdiskussion statt zum Thema politische Parolen im Freizeitfußball und bei Alemannia Aachen. Die Lokalzeitung berichtet darüber: „Thomas Wenge, Vertreter der Interessengemeinschaft der Alemannia-Fans und Mitinitiator des Aktionstages, erklärte die Zusammenhänge: ‚Die historische Ausstellung soll ein Anliegen aus der Geschichte in die Gegenwart tragen. Themen wie Rassismus, Intoleranz und Gewalt begleiten den Fußball heute ebenso wie damals.‘“ Alemannia-Stadionsprecher Robert Moonen ist an dem Tag zwar Moderator der Runde, schildert aber ebenso wie Richard Gebhardt, Politologe und Experte für Rechtsextremismus und Fußball (sowie regelmäßiger Tivoli-Besucher) rechte bis rassistische Vorfälle bei Alemannia Aachen aus den letzten Jahren. (*Eigene Notizen/Recherchen; AZ: Auf dem Tivoli soll kein Platz sein für politische Parolen. [https://www.aachener-zeitung.de/lokales/aachen/auf-dem-tivoli-soll-kein-platz-sein-fuer-politische-parolen\\_aid-32417567](https://www.aachener-zeitung.de/lokales/aachen/auf-dem-tivoli-soll-kein-platz-sein-fuer-politische-parolen_aid-32417567)*)

19./20. Januar 2018: Interviews in der Lokalzeitung (Online/Print) über ein Forschungsprojekt der Katholischen Hochschule Aachen (KatHO) zur Arbeit mit jugendlichen Geflüchteten mit Professorin Dr. Marianne Genenger-Stricker von der Projektleitung und Nadine Sylla als wissenschaftlicher Mitarbeiterin. Genenger-Stricker sagt: „Auf manche Projekte [für junge Geflüchtete] blicken wir auch kritisch. Dahinter steckt, dass viele denken, ‚Wir machen jetzt etwas Gutes für euch‘ anstatt etwas Gemeinsames miteinander zu entwickeln. Es geht nämlich auch um Partizipation und Mitgestaltung.“ Zum Thema Rassismus sagt Sylla: „Die Jugendlichen haben alle Rassismuserfahrungen gemacht. Das passiert im öffentlichen Raum, im Bus oder auf dem Fußballplatz. Aber auch in der Schule oder bei der Wohnungssuche und eben auch in den pädagogischen Angeboten.“ Genenger-Stricker ergänzt: „Es gibt im Grunde keine rassismusfreien Räume. Es ist wichtig, Rassismus zu thematisieren und Räume zu schaffen, in denen die Jugendlichen über die Erfahrungen, die sie in dieser Beziehung gemacht haben, sprechen können.“ (AN: *Forschungsprojekt der KatHo untersucht Arbeit mit jugendlichen Geflüchteten*. [https://www.aachener-nachrichten.de/nrw-region/forschungsprojekt-der-katho-untersucht-arbeit-mit-jugendlichen-gefluechteten\\_aid-24398083](https://www.aachener-nachrichten.de/nrw-region/forschungsprojekt-der-katho-untersucht-arbeit-mit-jugendlichen-gefluechteten_aid-24398083); AN: „*Es geht um Partizipation und um Mitgestaltung*“. 20. Januar 2018. Site 10)

19. Januar 2018: Bericht in der Lokalzeitung (Online-Ausgabe) darüber, dass Rechtsextreme in einem verfallenen Gemäuer an der Lütticher Straße kurz vor der Grenze zu Belgien vor einigen Wochen ihr Unwesen getrieben haben. Gekauft habe das Haus demnach vor 16 Jahren eine Familie mit Migrationshintergrund aus dem arabischen Raum. In dem Artikel heißt es: „Nach Weihnachten haben wir entdeckt, dass hier offenbar Rechtsradikale gewütet haben“, erzählt Abdellah M[.]. Er habe eine Brandstelle im Haus entdeckt, eine Decke sei eingestürzt. Eine Deutschland-Fahne mit aufgemaltem Hakenkreuz und der Aufschrift ‚Deutschland erwache‘ habe er auch noch gefunden. ‚Außerdem haben die Leute einen Koran, den mein Vater hier liegen hatte, zerrissen, angekockelt und offenbar mit einem Luftgewehr darauf geschossen‘, berichtet er. [...] M[.], dessen Familie muslimischen Glaubens ist, glaubt nicht, dass es sich um eine gezielte Attacke auf seine Familie gehandelt hat. ‚Vielleicht haben sich die Täter auch nur zufällig unser Haus ausgesucht‘, sagt er.“ (AN: *Rechte treiben in historischem Gebäude ihr Unwesen*. <https://www.aachener->

[nachrichten.de/lokales/aachen/rechte-treiben-in-historischem-gebäude-ihr-unwesen\\_aid-30744533](https://www.nachrichten.de/lokales/aachen/rechte-treiben-in-historischem-gebäude-ihr-unwesen_aid-30744533))

18. Januar 2018: Im Rahmen der Vorstandssitzung der Interessengemeinschaft der Alemannia-Fans und Fan-Clubs e.V. Aachen erklärt Horst Filbrich seinen Rücktritt vom Amt des Geschäftsführers und seinen Austritt aus der IG. Filbrich tut dies, um weiteren Schaden von der IG abzuwenden. Filbrich hat zuvor via Messenger einen rechtsradikalen Inhalt weiter verbreitet, will dies aber nur aus Informationsgründen getan haben. U.a. der WDR hat darüber berichtet. Zwar hat Filbrich diese Nachricht nicht selbst verfasst, dennoch ist der Inhalt weder mit dem Alemannia-Leitbild noch mit der Satzung der Fan-IG vereinbar. Kritik gibt es u.a. vonseiten der Fan-IG, aber auch von Alemannia-Präsident Martin Fröhlich und dem Vorsitzenden des Verwaltungsrats, Karl-Heinz Schmid. Zitat aus einer Erklärung Filbrichs dazu: „Die unkommentierte Weiterleitung des Textes [...] war ein Fehler. Diesen bedauere ich. Für mich war klar, dass ich mit der Gegenüberstellung mit [Aussagen des CDU-Politikers] Bosbach im Umkehrschluss nicht Verfechter der Meinung [des anderen Textes] bin. Mir liegt es fern, rechtsradikale Parolen zu verbreiten, auch bin ich nicht rechtsradikal. Hätte ich mich sonst in den vergangenen Jahren als Mitbegründer der ‚Öcher Fans für Kenger‘ beispielsweise für die Teilnahmemöglichkeit von Heimkindern und Flüchtlingen an Spielen der Alemannia engagiert? Allerdings ist mir in der Berichterstattung des WDR und anderer Medien deutlich zu kurz gekommen, dass ich neben dem fragwürdigen [Text] in der gleichen WhatsApp-Sendung auch eine aktuelle Video-Neujahrsbotschaft des namhaften CDU-Politikers Wolfgang Bosbach in den Kontext gestellt habe. Als politisch interessiertem Menschen ging es mir im Kern darum, beispielhaft und vergleichend darzulegen, wie unterschiedlich zwei mehr oder weniger prominente Akteure mit ein- und demselben Thema umgehen. Diese Absicht und die Tatsache, dass ich selber auf Herrn Bosbachs Seite stehe, hätte ich dem relativ kleinen privaten Empfängerkreis erläutern sollen, um jegliche Missverständnisse zu vermeiden.“ (*Fan-IG: Erklärung des IG-Vorstands.*

<http://www.ig-alemanniafans.de/2018/01/erklaerung-des-ig-vorstands/>; AN: Horst Filbrich tritt nach Whatsapp-Affäre zurück. [https://www.aachener-nachrichten.de/lokales/aachen/horst-filbrich-tritt-nach-whatsapp-ffaere-zurueck\\_aid-30723067](https://www.aachener-nachrichten.de/lokales/aachen/horst-filbrich-tritt-nach-whatsapp-ffaere-zurueck_aid-30723067); AN: Alemannia: Geschäftsführer der Fan IG wegen rechter Hetze in der

*Kritik. [https://www.aachener-nachrichten.de/lokales/aachen/alemannia-geschaeftsfuehrer-der-fan-ig-wegen-rechter-hetze-in-der-kritik\\_aid-30723039](https://www.aachener-nachrichten.de/lokales/aachen/alemannia-geschaeftsfuehrer-der-fan-ig-wegen-rechter-hetze-in-der-kritik_aid-30723039)*

16 Januar 2018: Ein alkoholisierter Mann beleidigt Reisende am Aachener Hauptbahnhof und zeigt den Hitler-Gruß. Der 34-jährige Deutsche äußert dabei Hasstiraden gegenüber Reisenden, stößt Bedrohungen aus und äußert Beschimpfungen „aus der nationalsozialistischen Schmuddel-Kiste“. (*Polizeibericht: <https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/70116/3840600>*)

14. Januar 2018: Straftat gegen eine Unterkunft für Asylbewerber bzw. Geflüchtete. Ermittelt wird wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. (*Liste der Bundesregierung aus November 2018 als Antwort auf eine Anfrage der Linken.*)